



Sozial und Demokratisch.

Antragspaket zum Bezirksparteitag



SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

Inhaltsverzeichnis

B | Bildungspolitik

Bo01	Bildungspolitischen Kurs in Niedersachsen weiterverfolgen UB Schaumburg	3
Bo02	Überwindung des Bildungsnotstandes in Niedersachsen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	3
Bo03	Kinderarmut wirkungsvoll bekämpfen! Juso-Bezirk Hannover	4
Bo04	Hartz IV-Schulgeld auch für weiterführende Klassen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	5
Bo05	Kostenfreie Schule für alle UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	5
Bo06	Kostenlose Schülerbeförderung bis zum Abitur Juso-Bezirk Hannover	6
Bo07	Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung auf Schul-Essen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	6
Bo08	Einführung des "Bildungssoli" UB Schaumburg	7
Bo09	Alle Chancen für den zweiten Bildungsweg – die BAföG-Altersgrenze muss weg! UB Göttingen	7
Bo10	Ausbildungsbonus ist kein Ersatz für die Umlage Juso-Bezirk Hannover	8
Bo11	Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische Bildung Juso-Bezirk Hannover	9

G | Gesundheit und Soziales

Goo1	Obdachlosigkeit durch ALG II verhindern UB Göttingen	10
Goo2	Altersarmut bekämpfen Juso-Bezirk Hannover	10
Goo3	Geringfügig Beschäftigte – Mehr Schutz vor Ausbeutungen Juso-Bezirk Hannover	12

K | Kommunal- und Landespolitik

Koo1	Mehr Demokratie wagen: Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten UB Göttingen	14
Koo2	Einführung von Kinderarmutsbeauftragten zur Bekämpfung von Kinderarmut UB Göttingen	15
Koo3	Berechtigung des/der Vorsitzenden eines Jugendparlamentes zur Teilnahme an allen Rats- und Ausschusssitzungen UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	16
Koo4	Schaffung eines Landesprogramms zur Förderung von Jugendzentren und Freibädern in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	17
Koo5	Zukunft der Verwaltung und der Gebietskörperschaften in der Region Uelzen / Lüchow-Dannenberg UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	18
Koo6	Altpapierentsorgung: Kommunale Steuerung statt Häuserkampf – Gesetzesänderung erforderlich UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	21

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

Inhaltsverzeichnis

O | Organisationsfragen

O001	Landeslisten statt Bundeslisten bei Europawahlen UB Schaumburg	23
O002	Beitragslose Mitgliedschaft UB Nienburg	23
O003	UB-Grundmandat für Landesparteirat § 8 Landesverbandsstatut OV Einbeck	24
O004	Unterlagenversand zu Parteitag UB Hildesheim	24

P | Partei

P001	Vorwärts handeln – erste Konsequenzen nach der Bundestagswahl OV Weyhe	25
P002	SPD erneuern Juso-Bezirk Hannover	26

R | Rechts- und Innenpolitik

R001	Jugendstrafrecht: Erziehungsgedanke vor Bestrafung - Stärkere Unterstützung für Jugendgerichte, -vollzugsanstalten und Betreuungsangebote für jugendliche Straftäter Juso-Bezirk Hannover	30
R002	Aufstockung der Senate am Bundesverfassungsgericht Juso-Bezirk Hannover	31
R003	Abschaffung des Ehegattensplittings im Steuerrecht Juso-Bezirk Hannover	32

U | Umweltpolitik

U001	Festhalten am Atomausstieg – Krümmel muss abgeschaltet bleiben! – Gorleben kein Endlagerstandort! UB Lüneburg	33
U002	Lehren aus dem Debakel um Asse II ziehen – Sofortige Aufgabe des ungeeigneten Endlagerstandortes Gorleben UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	34
U003	Festhalten am Atomausstieg UB Schaumburg	36
U004	Stoppt Gentechnik jetzt! UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	37
U005	Alte Autos abwracken? – Ja, aber bitte ökologisch! UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	39

W | Wirtschaftspolitik

W001	Einführung der Börsenumsatzsteuer UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	40
W002	Gegebene Versprechen erfüllen: Entwicklungshilfe endlich erhöhen! UB Göttingen	40
W003	Mastställe zur Massentierhaltung OV Nordstemmen	41

B | Bildungspolitik

Antrag Nr. 0001
UB Schaumburg

Empfehlung der AK
Annahme

Bildungspolitischen Kurs in Niedersachsen weiterverfolgen

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, ihren bildungs-
3 politischen Kurs weiterzuverfolgen und sich weiterhin für eine
4 gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium, ein Ab-
5 itur nach 13 Jahren an Gesamtschulen und eine bessere Leh-
6 rerversorgung einzusetzen.

7

8 **Begründung**

9 Die SPD Landtagsfraktion hat in der Bildungspolitik die rich-
10 tigen Themen aufgegriffen und sie inhaltlich gut besetzt. Wir
11 sind von den bildungspolitischen Inhalten der SPD Land-
12 tagsfraktion überzeugt. Wer allen Schülern die gleichen
13 Bildungschancen einräumen will, der muss als Grundlage eine
14 gebührenfreie Bildung und eine bessere Lehrerversorgung
15 schaffen. Das ist die Basis einer guten und gerechten Bildungs-
16 politik, die keinen Schüler zurücklässt.

17

18 Zudem haben die integrierten Gesamtschulen in den letzten
19 Jahren immer mehr Zulauf von Schülern erfahren. Immer mehr
20 Eltern und Schüler entscheiden sich für die IGS. Es zeigt sich
21 aber, dass trotzdem die Landesregierung Wulff das pädagogi-
22 sche System der IGSen mit Einführung des „Turbo-Abiturs
23 “ zerstören will. Auch hier unterstützen wir die Haltung der
24 SPD Fraktion, das Turbo Abitur abzulehnen.

25

26 Wir sind froh, dass sich die SPD so stark für diese Inhalte ein-
27 setzt. Allerdings dürfen wir jetzt nicht nach der verlorenen
28 Landtagswahl, schlechten Umfragewerten und an einer sturen
29 und elitären Landesregierung verzweifeln und unsere
30 bildungspolitischen Ziele über Bord werfen. Die Inhalte der
31 SPD- Bildungspolitik sind richtig und gut. Der von uns einge-
32 schlagene Kurs muss weiterverfolgt werden.

33

34

35 *Adressat*

36 SPD-Landtagsfraktion

Antrag Nr. 0002
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Annahme mit folgender Änderung

Überwindung des Bildungsnotstandes in Niedersachsen

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Zur Überwindung des Bildungsnotstandes in Niedersachsen
3 fordern wir...(zur Unterrichtsversorgung)

- 4 • zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung in 2009 die
5 Neueinstellung von 2000 zusätzlichen Lehrkräften und
6 • zur Verbesserung der langfristigen Unterrichtsversorgung
7 2000 zusätzliche Stellen für die schulformübergreifende
8 Lehrausbildung.

9

10 Wir fordern...(zu den Gesamtschulen)

- 11 • dass Hauptschulen und Realschulen – ergänzt durch ein
12 integriertes gymnasiales Angebot – überall dort eingerich-
13 tet werden können, wo genügend Eltern und die Schulträ-

Streichung des Punktes:

dass im Landkreis Uelzen zur bestehenden KBS Bevensen
mindestens zwei weitere Gesamtschulen eingerichtet
werden.

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

14 ger dies wollen. Wir fordern also die Berücksichtigung des
15 Elternwillens auch für die Einrichtung neuer Gesamt-
16 schulen. Dafür muss die Fünfüzigigkeit als Errichtungsvor-
17 aussetzung wegfallen.

- 18 • dass im Landkreis Uelzen zur bestehenden KGS Bevensen
19 mindestens zwei weitere Gesamtschulen eingerichtet
20 werden.

21

22 Wir fordern...(zu den Ganztagschulen)

- 23 • den Erhalt der „Vollen Halbtagsgrundschule“ und den
24 Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen.
- 25 • dass alle Gesamtschulen als Ganztagschulen geführt
26 werden.
- 27 • dass langfristig alle Schulen zu Ganztagschulen werden.
- 28 • dass Ganztagschulen nicht nur ernannt werden, wie bei
29 dieser Landesregierung geschehen, sondern auch personell
30 und materiell entsprechend ausgestattet werden.

31

32 Wir fordern...(zum Abitur)

- 33 • die Abschaffung des Turbo-Abiturs und damit Möglichkei-
34 ten, das Abitur in zwei Geschwindigkeiten zu absolvieren.
- 35 • den Erhalt des Abiturs nach neun Jahren an Gesamt-
36 schulen.

37

38

39 *Adressat*

40 Landesparteitag

Antrag Nr. Boo3
Juso-Bezirk Hannover

Empfehlung der AK
Annahme

Kinderarmut wirkungsvoll bekämpfen!

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Die SPD-Fraktionen im Bund, in den Ländern, Städten, Gemein-
3 den und im Landkreis werden aufgefordert, die Bekämpfung
4 von Kinderarmut durch folgende Maßnahmen zu gewährleis-
5 ten:

6

- 7 1. Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit
- 8 2. Einführung von Sonderzuwendungen für Kinder aus sozial
9 schwachen Familien
- 10 3. Angebot eines kostenlosen und vollwertigen Schulessens
- 11 4. Garantie kostenloser Betreuungsangebote für Kinder ab
12 dem ersten Lebensjahr
- 13 5. Übernahme der Fahrtkosten (Busfahrkarten)

14

15 Begründung

16 Kinderarmut ist ein immer größer werdendes Problem in
17 Deutschland. Von dieser Entwicklung ist beispielsweise auch
18 Göttingen sehr stark betroffen. So war 2005 in unserer Stadt
19 jedes vierte Kind auf Sozialleistungen angewiesen.

20

21 In einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft muss
22 eine der zentralen Aufgaben darin bestehen, jedem Kind die
23 gleichen Lebenschancen zu bieten.

24

25 Neben der Verbesserung der Arbeits-, Weiterbildungs- und
26 Einkommensbedingungen für Eltern (zum Beispiel durch einen
27 gesetzlichen Mindestlohn) sind konkrete Maßnahmen nötig,

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

28 um die bestehende Kinderarmut zu bekämpfen und zukünftig
29 eine Verarmung von Kindern zu verhindern. So ermöglichen
30 kostenlose Lernmittel und Sonderzuwendungen (für Ta-
31 schenrechner, Hefte, Stifte etc.) Kindern aus sozial schwachen
32 Familien den gleichberechtigten Zugang zur Bildung.

33
34 Außerdem hat jedes Kind das Recht auf ein warmes und
35 vollwertiges Mittagessen, doch gerade Kinder aus fi-
36 nanzschwachen Familien haben diese Möglichkeit bisher
37 häufig nicht. Um dies zu garantieren, muss für alle Kinder ein
38 kostenloses Schulessen angeboten werden. Gerade für allein
39 erziehende Elternteile muss zudem der Zugang zu kostenlosen
40 Betreuungsangeboten garantiert werden, um allen Familien die
41 Möglichkeit zu geben, Kind und Beruf gut zu vereinbaren.

Antrag Nr. B004
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Erledigt durch B003

Hartz IV-Schulgeld auch für weiterführende Klassen

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**
2 Wir fordern die VertreterInnen der SPD in der Bundesregierung,
3 sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf politisch durchzusetzen,
4 dass die „zusätzliche Leistung für die Schule“, die gemäß den
5 am 1. Januar 2009 neu hinzugefügten § 24a SGB-II und § 28a
6 SGB-XII (für jedes Kind, dessen Eltern von Harz IV oder Sozi-
7 alhilfe leben, werden künftig pro Schuljahr 100 Euro zusätzlich
8 gezahlt) geregelt wird, auch auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13
9 ausgeweitet wird und nicht nach der Jahrgangsstufe 10 endet.
10
11 *Adressat*
12 SPD-Bundestagsfraktion

Antrag Nr. B005
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Erledigt mit Antrag B003

Kostenfreie Schule für alle

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**
2 Wir fordern eine kostenfreie Schule für alle Kinder und Jugend-
3 lichen.
4
5 Im Zuge der „Sozialen Gerechtigkeit“ muss es für jede Schüle-
6 rin und jeden Schüler möglich sein vollkommen kostenfrei zur
7 Schule zu gehen.
8
9 Diese Forderung umfasst den kostenlosen Transport zur Schule
10 und zurück, kostenloses Essen und Trinken in den Schulkanti-
11 nen; Bücher sollen ebenfalls kostenfrei zur Verfügung gestellt
12 werden.
13
14 Materialien wie zum Beispiel Hefte, Tuschkästen, Stifte,
15 Lineare oder Blöcke sollen ebenfalls gestellt werden.
16
17 **Begründung**
18 Nur durch eine kostenfreie Schule können wir das Prinzip der
19 Chancengleichheit in unserem Schulsystem verwirklichen. Um
20 sozial gerecht zu sein, muss jeder Schüler die Möglichkeit ha-
21 ben, den für ihn bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen.

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

22 Dies muss unabhängig von der finanziellen oder sozialen Si-
23 tuation der Eltern geschehen.

24 Eine faire Gesellschaft ist eine soziale und gerechte Ge-
25 sellschaft.

26

27 Deshalb fordern wir die kostenfreie Schule für alle.

28

29 *Adressat*

30 Landesparteitag

Antrag Nr. Boo6
Juso-Bezirk Hannover

Empfehlung der AK
Erledigt durch B003

Kostenlose Schülerbeförderung bis zum Abitur

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 In Niedersachsen werden Kosten für Bus- oder Bahnfahrten zur
3 Schule, die viele Schüler auf sich nehmen müssen, um ihre
4 Schule im anderen Ort zu erreichen, bis einschließlich zur 10.
5 Klasse vom Staat getragen, während beispielsweise von der 11.
6 bis zur 13. Klasse die Eltern zahlen müssen.

7

8 Wir fordern:

9 Kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und
10 Schüler, die für ihren Schulbesuch kein Entgelt erhalten bis zur
11 13. Klasse.

12

13 Begründung

14 Die derzeitige Regelung trägt massiv dazu bei Kindern aus so-
15 zial schwachen Familien den sozialen Aufstieg durch Bildung
16 zu erschweren. Sie beeinflusst nicht nur die Entscheidung der
17 Eltern für oder gegen eine bestimmte Schulform, sondern
18 bedeutet für diejenigen, die ihrem Kind trotz schlechter finan-
19 zieller Situation eine gute Ausbildung ermöglichen wollen auch
20 eine erhebliche finanzielle Belastung.

21

22 Wir können es nicht hinnehmen, dass die Chance auf Bildung
23 durch solche Bestimmungen eine Frage der Herkunft bleibt.
24 Deswegen setzen wir uns für kostenlose Schülerbeförderung
25 bis zum Abitur ein.

26

27 *Adressat*

28 kein Adressat

Antrag Nr. Boo7
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Material für SPD-Bundestagsfraktion

Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung auf Schul-Essen

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Seit Januar 2009 müssen die Lieferanten von Schulessen 19
3 Prozent Mehrwertsteuer statt bisher sieben Prozent an das Fi-
4 nanzamt abführen und haben die Erhöhung an die Eltern wei-
5 ter gegeben.

6 Da Essen zu den Grundgütern gehört und somit auch das
7 Schulessen, fordern wir die sofortige Senkung auf den bishe-
8 rigen Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent, um allen Schül-
9 ern ein finanzierbares warmes Mittagessen während der

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

10 Schulzeit zu ermöglichen.

11

12 *Adressat*

13 SPD-Bundestagsfraktion

**Antrag Nr. Boo8
UB Schaumburg**

Empfehlung der AK
Annahme

Einführung des "Bildungssoli"

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, nach der Bun-
3 destagswahl den so genannten „Bildungssoli“ einzuführen.

4

5 **Begründung**

6 Bildung ist wichtig! Damit jedem Kind in Deutschland gute
7 Bildungschancen eingeräumt werden können, sind eine bes-
8 sere Lehrerversorgung als derzeit und eine gebührenfreie
9 Bildung unabdingbar. Ob ein letztes beitragsfreies Kindergar-
10 tenjahr, Lernmittelfreiheit, eine gute Lehrerversorgung, ausrei-
11 chende Schulausstattung etc. – eine gute Bildung kostet eben.

12

13 Unserer Meinung nach ist Bildung ein Menschenrecht und
14 deshalb ist es auch die Aufgabe des Staates, für die Bildungs-
15 kosten aufzukommen. Denn die Dicke des Geldbeutels darf
16 nicht den Bildungsabschluss bestimmen!

17

18 Aus diesem Grund fordern wir den „Bildungssoli“. In vom Bun-
19 destag zu klärender Weise soll der „Bildungssoli“ von den obe-
20 ren Einkommensgruppen erhoben werden. Die Mehreinnah-
21 men sollen dann anschließend in die Bildung fließen. Somit
22 wäre die Basis für eine bessere Bildungspolitik gelegt. Den
23 „Bildungssoli“ durch Steuereinnahmen von oberen Einkom-
24 mensgruppen zu finanzieren ist sozial gerecht, denn die
25 Schüler von heute sind die Zukunft Deutschlands.

26

27 *Adressat*

28 SPD-Bundestagsfraktion

**Antrag Nr. Boo9
UB Göttingen**

Empfehlung der AK
Annahme

Alle Chancen für den zweiten Bildungsweg – die BAföG- Altersgrenze muss weg!

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Wir fordern

3

- 4 1. den Wegfall der Altersgrenze von gegenwärtig 30 Jahren
5 bei der elternunabhängigen Förderung durch das BAföG
6 und
- 7 2. die garantierte grundsätzliche Förderung des Studiums auf
8 dem Zweiten Bildungsweg.

9

10 **Begründung**

11 Leistungen nach dem BAföG sind und bleiben eine wichtige
12 Säule der Studienfinanzierung gerade für junge Menschen aus
13 Nichtakademikerhaushalten. Zwar hat die 22. BAföG-Novelle
14 einige Verbesserungen gebracht, diese gehen aber nach unse-

15 rer Auffassung nicht weit genug. Denn gerade Kinder aus sozial
16 schwächeren Familien entscheiden sich immer öfter aus finan-
17 ziellen Gründen gegen ein Studium – wir müssen also alles tun,
18 diesem Umstand entgegenzuwirken. Neben der Abschaffung
19 der unsozialen Studiengebühren ist eine konsequente Auswei-
20 tung des BAföG für uns der richtige Weg.

21
22 Die Umstellung auf Bachelor-/ Master-Studiengänge führt bei-
23 spielsweise für Menschen, die ihre Hochschulreife auf dem
24 Zweiten Bildungsweg erworben haben, zu negativen Kon-
25 sequenzen. So kann es sein, dass ein/e Studierende/r zwar bis
26 zum Bachelor-Abschluss gefördert wird, dann aber die Förde-
27 rung für den Master-Studiengang verliert, wenn sie oder er
28 inzwischen die Altersgrenze von 30 Jahren erreicht hat. Diesen
29 Menschen bleibt oft nichts anderes übrig, als mit dem weniger
30 qualifizierten Abschluss Vorlieb zu nehmen, was ihre Chancen
31 auf dem Arbeitsmarkt noch zusätzlich mindert. Zusätzlich be-
32 steht das Problem, dass auf dem Zweiten Bildungsweg zwar
33 der Besuch einer weiterführenden Schulform gefördert, das
34 Studium selbst aber nicht mit Leistungen nach dem BAföG un-
35 terstützt wird, wenn der oder die Studierende keine abge-
36 schlossene Berufsausbildung und eine mindestens sechsjäh-
37 rige Berufserfahrung aufweisen kann.

38
39 In der Gesellschaft des lebenslangen Lernens, die wir anstre-
40 ben, muss auch der Zweite Bildungsweg konsequent staatlich
41 gefördert werden – egal wann dieser beschritten wird.

42
43 *Adressat*

44 SPD-Bundestagsfraktion

Antrag Nr. B010 Juso-Bezirk Hannover

Ausbildungsbonus ist kein Ersatz für die Umlage

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Wir Jusos fordern, dass der Ausbildungsbonus, der an Unter-
3 nehmen gezahlt werden soll, die Ausbildungsplätze für als
4 schwer zu vermitteln geltende Jugendliche bereitstellen, nicht
5 von Steuergeldern finanziert werden darf.

6
7 Die rund 500 Millionen Euro, die das Programm innerhalb von
8 drei Jahren kosten soll, müssen durch die Ausbildungsplatz-
9 umlage finanziert werden. Die Betriebe haben neben ihrer
10 allgemeinen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft be-
11 sonders in Zeiten des eklatanten Fachkräftemangels die wic-
12 htige Aufgabe auszubilden. Wer sich darin verweigert, muss sich
13 finanziell an der Ausbildung beteiligen. Das ist ein Gebot der
14 Fairness im Wettbewerb unter den Betrieben aber auch eine
15 sinnvolle Förderung für die Bewerber/innen. Daher muss das
16 Geld aus einer Ausbildungsumlage kommen und nicht vom
17 Etat der Bundesagentur für Arbeit gestellt werden.

18
19 Wir fordern darüber hinaus, dass das Programm „Ausbildungs-
20 bonus“ ständig kritisch hinterfragt wird.

21
22 Sollte sich dabei zeigen, dass durch finanzielle Bonusmodelle
23 weitaus mehr Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten
24 können, so ist die ohnehin unhaltbare Behauptung der Wirt-

Empfehlung der AK

Annahme in folgender Fassung

Ausbildungsbonus ist langfristig kein Ersatz für die Um- lage

Wir fordern, dass der Ausbildungsbonus, der an Unterneh-
men gezahlt wird, nicht aus Steuergeldern finanziert wird.
Statt dessen muss das Geld aus einer Ausbildungsumlage
kommen.

Wir fordern darüber hinaus, dass das Programm
„Ausbildungsbonus“ ständig kritisch hinterfragt wird.

Sollte sich dabei zeigen, dass durch finanzielle Bonus-
modelle weitaus mehr Jugendliche einen Ausbildungs-
platz erhalten können, so ist die ohnehin unhaltbare Be-
hauptung der Wirtschaftsverbände, viele Schulabgänger/
innen seien nicht mehr ausbildungsfähig, endgültig
widerlegt. Im Übrigen muss das Ausbildungsbonus-
programm auf seinen Nutzen und seine Nachhaltigkeit
überprüft werden.

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

25 schäftsverbände, viele Schulabgänger/innen seien nicht mehr
26 ausbildungsfähig, endgültig widerlegt. Im Übrigen muss das
27 Ausbildungsbonusprogramm auf seinen Nutzen und seine
28 Nachhaltigkeit überprüft werden.

Antrag Nr. B011 Juso-Bezirk Hannover

Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische Bildung

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt sich für die Wieder-
3 einrichtung der Landeszentrale für politische Bildung einzuset-
4 zen.

6 Begründung

7 Die CDU-Landesregierung hat die Landeszentrale für politische
8 Bildung geschlossen und damit eine Institution abgeschafft,
9 die sich aktiv für das Demokratieverständnis der Bürgerinnen
10 und Bürger eingesetzt und einen großen Beitrag im Kampf
11 gegen Rechtsextremismus geleistet hat.

12
13 Die Wiedereinführung der Landeszentrale für politische
14 Bildung zur Unterstützung von Initiativen und Projekten gegen
15 Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie ist drin-
16 gend notwendig. Niedersachsen hat als einziges Bundesland
17 kurz nach dem Regierungswechsel die Landeszentrale für poli-
18 tische Bildung geschlossen. Da die Niedersächsische Landes-
19 regierung die Kommunen momentan im Kampf gegen Rechts
20 allein lässt, fordern wir die Wiedereinrichtung der Landeszen-
21 trale für politische Bildung. Diese Einrichtung war ein
22 wirkungsvolles Instrument zur Stärkung der Demokratie und
23 zur Förderung von Initiativen und Projekten gegen Rechts-
24 extremismus.

25
26 *Adressat*

27 SPD-Landtagsfraktion

Empfehlung der AK

Annahme in folgender Fassung:

Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt, nicht nach-
zulassen in ihrem konsequenten Bemühen, sich für die
Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische
Bildung einzusetzen.

G | Gesundheit und Soziales

Antrag Nr. Goo1
UB Göttingen

Empfehlung der AK
Annahme

Obdachlosigkeit durch ALG II verhindern

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Wir fordern die Vertreter/innen der SPD-Bundestagsfraktion
3 auf politisch durchzusetzen, dass die Absenkung und der Weg-
4 fall des Wohngeldes im Rahmen des ALG II als Sanktionsmaß-
5 nahmen gegenüber Jugendlichen und jungen Erwachsenen
6 zurückgenommen werden. Der einschlägige § 31 SGB II ist so-
7 mit zu ändern.

8
9 **Begründung**

10 Mit der Novellierung des SGB II zum 1. Januar 2007 hat die
11 Bundesregierung im § 31 Abs. 5 SGB II die Absenkung bis hin
12 zum Wegfall der Leistungen als Sanktionsmaßnahmen in den
13 Katalog aufgenommen.

14
15 Dies führt im Einzelfall dazu, dass so genannte erwerbsfähige
16 Hilfebedürftige bei konsequenter Anwendung der gesetzlichen
17 Regelungen ihre Wohnung verlieren, wenn sie Eingliederungs-
18 vereinbarungen oder so genannte Zumutbare Arbeit ablehnen.
19 Die häufig vielfältigen und vom Gesetz nicht vorgesehenen
20 Gründe für diese Ablehnung werden in der Praxis nicht beach-
21 tet.

22
23 Für uns ist es nicht akzeptabel, dass man Menschen mit der
24 Obdachlosigkeit bedroht um sie in Arbeits- oder Eingliede-
25 rungsmaßnahmen zu vermitteln. Ein solches Vorgehen ist nach
26 unserem Verständnis mit der Menschenwürde nicht vereinbar.
27 Das bedeutet aber ausdrücklich nicht, dass wir uns mit den an-
28 deren Sanktionsmaßnahmen einverstanden erklären, wir hal-
29 ten die Streichung der Wohngeldabsenkung bzw. des Wegfalls
30 jedoch für eine kurzfristig umsetzbare Maßnahme.

31
32 *Adressat*

33 SPD-Bundestagsfraktion

Antrag Nr. Goo2
Juso-Bezirk Hannover

Empfehlung der AK
Erledigt durch B003, G005 und R003

Altersarmut bekämpfen

Die restlichen Bereiche sind abzulehnen.

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 880 Euro Einkommen
3 im Monat zur Verfügung hat. Die Durchschnittsrente der
4 Frauen (inklusive Witwenrente) in Deutschland liegt bei 690
5 Euro im Vergleich zu 967 Euro (inklusive Witwerrente) bei den
6 Männern.

7
8 Wer während des Erwerbslebens keinen existenzsichernden
9 Verdienst erzielt, ist meist im Alter von Armut betroffen.
10 Überdurchschnittlich oft sind dies Frauen. Sie werden schlech-
11 ter bezahlt als ihre männlichen Kollegen, arbeiten in Berufen
12 mit Niedriglöhnen und gehen in der Rolle als „Zuverdienerin
13 “ Teilzeitbeschäftigungen oder sozialversicherungsfreien Mi-
14 nijobs nach. Die Geschlechtsspezifität der Rentenversicherung
15 ergibt sich aus der Erwerbszentriertheit des Systems. Diese
16 wirkt sich auf folgende Weise aus: der Zugang zum Rentensys-

17 tem wird im wesentlichen begrenzt auf Erwerbstätige, d.h.
18 Nicht-Erwerbstätigkeit wie z.B. Hausarbeit, Kindererziehung
19 und familiäre Pflegearbeit werden von der Logik des Renten-
20 systems nicht erfasst.

21
22 Die Höhe der gesetzlichen Altersrente hängt im wesentlichen
23 von den Beiträgen ab, die während des Arbeitslebens in die ge-
24 setzliche Rentenversicherung eingezahlt werden. Durch
25 Teilzeitjobs, Minijobs, familiär bedingte Berufspausen und
26 freiberufliche Tätigkeit kommt es oft zu geringeren oder ganz
27 ausbleibenden Einzahlungen. Es liegt auf der Hand, dass die
28 Rente somit geringer ausfallen muss. Entscheidend für die
29 Höhe der späteren Rente ist auch die Höhe des eigenen Verdi-
30 enstes im Vergleich zu dem Durchschnittsverdienst aller Versi-
31 cherten. Zur Berechnung der Entgeltpunkte, die später für die
32 Rentenberechnung wichtig sind, wird das Arbeitsentgelt eines
33 Kalenderjahres ins Verhältnis zum Durchschnittsverdienst aller
34 Versicherten des selben Jahres gesetzt. Wer genauso viel ver-
35 dient hat, wie der Durchschnitt aller Versicherten, bekommt
36 dafür 1 Entgeltpunkt. Wer nur die Hälfte verdient hat, be-
37 kommt dafür 0,5 Entgeltpunkte, wer das 1,5-fache verdient
38 hat, 1,5 Entgeltpunkte. Die als Verhältniswert ermittelten Ent-
39 geltpunkte werden auf vier Dezimalstellen kaufmännisch ge-
40 rundet. Da Frauen sehr häufig in schlechter bezahlten Berufen
41 arbeiten, liegt ihr Verdienst häufig unter dem Durch-
42 schnittsverdienst. Deshalb sind auch ihre Renten oft niedriger
43 als die der Männer.

44
45 Ein weiterer Einflussfaktor ist das deutsche Steuersystem. In
46 der häufig vorkommenden Kombination der Einteilung in die
47 Steuerklassen III und V bei Ehepaaren fließen die steuerlichen
48 Entlastungen einseitig dem/der Partner/in mit dem höheren
49 Einkommen zu - in der Regel dem Ehemann. Die Ehefrau wird
50 dagegen oft in ein schlechter bezahltes Arbeitsverhältnis ge-
51 drängt und muss außerdem unverhältnismäßig hohe Steuer-
52 abzüge beim Einkommen hinnehmen. Wird sie arbeitslos oder
53 geht sie in Altersteilzeit, reduzieren diese Abzüge ihren An-
54 spruch auf Lohnersatzleistungen, wodurch es auch wieder zu
55 geringeren Einzahlungen in die Rentenversicherung kommt.

56
57 Aus dem vorher Genannten ergeben sich somit folgende
58 Gründe für Altersarmut:

- 59 • die Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern,
- 60 • der hohe Anteil an Frauen, die in Teilzeit- oder Minijobs
61 beschäftigt sind,
- 62 • die Tatsache, dass Frauen öfter familiär bedingte Berufs-
63 pausen einlegen,
- 64 • die Ausrichtung des Rentensystems am männlichen Er-
65 nährermodell,
- 66 • die geringe Bewertung von Kindererziehungszeiten in der
67 Rentenversicherung,
- 68 • das EhegattInnen splitting im deutschen Steuersystem

69
70 **Wir fordern daher zur Bekämpfung von Altersarmut folgen-**
71 **des:**

- 72 • die Einführung einer einkommensunabhängigen Grund-
73 rente für alle StaatsbürgerInnen ab dem vollendeten 65.
74 Lebensjahr, die sich am Durchschnittsverdienst aller
75 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen ori-
76 entiert,

- 77 • die Erhebung von Beiträgen auf alle Einkommensarten,
- 78 • die Ausweitung des versicherten Personenkreises der ge-
- 79 setzlichen Rentenversicherung auf bisher versicherungs-
- 80 freie Personen, wie z.B. BeamtInnen, RichterInnen, Solda-
- 81 tInnen, Selbstständige, FreiberuflerInnen, etc.
- 82 • die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Min-
- 83 destlohns
- 84 • die Abschaffung des EhegattInnensplittings
- 85 • die gesetzliche Verpflichtung, gleichwertige Arbeit gleich
- 86 zu entlohnen
- 87 • den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungs-
- 88 angeboten
- 89

Antrag Nr. Goo3 **Juso-Bezirk Hannover**

Geringfügig Beschäftigte – Mehr Schutz vor Ausbeutungen

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Wir fordern die Abschaffung der 400-Euro Minijobs. Unser Ziel
3 sind existenzsichernde Beschäftigungen. Arbeitgeber müssen
4 veranlasst werden diese durch rechtliche Regelungen zu
5 schaffen. Mit dem auf dem Hamburger Parteitag beschlosse-
6 nen Modell "Bonus für Arbeit" kann eine konsequente Förde-
7 rung der regulären Beschäftigung von einkommensschwachen
8 Beschäftigten erreicht werden.

9 Darüber hinaus kann es nicht unser sein, dass von staatlicher
10 Seite her nicht-existenzsichernde Löhne über „Kombilöhne
11 “ unterstützt werden.

12 Hierzu ist es notwendig die derzeitigen Regelungen zu den So-
13 zialversicherungsbeiträgen für geringfügig Beschäftigte so zu
14 ändern, dass es nicht mehr attraktiv ist breitflächig Beschäf-
15 tigungsverhältnisse mit einem Nettoverdienst unterhalb des
16 Existenzminimums anzubieten.

17
18 Es ist ebenso sicherzustellen, dass die Arbeitgeber die Rechte
19 geringfügig Beschäftigter, insbesondere in Bezug auf Urlaubs-
20 ansprüche und Lohnfortzahlungen erfüllen. Weder Niedrig-
21 löhne, noch Mini- und Midi-Jobs dürfen das Ziel von Beschäf-
22 tigungsförderung sein. Vielmehr muss die Existenzsicherung
23 bei Erwerbslosigkeit durch ein höheres ALG II, insbesondere für
24 Haushalte mit Kindern, verbessert werden.

25
26 Wir bekräftigen des Weiteren unsere Forderung nach einem
27 flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von zunächst
28 7.50 Euro, darüber hinaus die Allgemeinverbindlichkeit von Tar-
29 ifverträgen (u.a. auf Grundlage der Entsendegesetzrichtlinie).

30 31 Begründung

32 Grundsätzlich sind geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer, wie
33 alle anderen Arbeitnehmer auch. Das heißt, dass sie die glei-
34 chen Rechte haben: ein Recht auf Urlaub, ein Recht auf Ent-
35 geltfortzahlung im Krankheitsfall, ein Recht zur Teilnahme an
36 den Betriebsratswahlen und vor allem ein Recht auf Einhaltung
37 der Regeln des Kündigungsschutzes. Der Arbeitgeber muss z.B.
38 auch darauf aufmerksam machen, dass die Möglichkeit eines
39 Einbezugs in die Rentenversicherung besteht.

40

Empfehlung der AK

Annahme in folgender Fassung:

Geringfügig Beschäftigte - Mehr Schutz vor Ausbeutungen

Wir fordern die Abschaffung der 400-Euro Minijobs. Unser
Ziel sind existenzsichernde Beschäftigungen. Arbeitgeber
müssen veranlasst werden diese durch rechtliche Rege-
lungen zu schaffen. Mit dem auf dem Hamburger Partei-
tag beschlossenen Modell "Bonus für Arbeit" kann eine
konsequente Förderung der regulären Beschäftigung von
einkommensschwachen Beschäftigten erreicht werden.

Darüber hinaus kann es nicht unser sein, dass von staatli-
cher Seite her nicht-existenzsichernde Löhne über
„Kombilöhne“ unterstützt werden.

Es ist ebenso sicherzustellen, dass die Arbeitgeber die
Rechte geringfügig Beschäftigter, insbesondere in Bezug
auf Urlaubsansprüche und Lohnfortzahlungen erfüllen.
Weder Niedriglöhne, noch Mini- und Midi-Jobs dürfen das
Ziel von Beschäftigungsförderung sein.

Wir bekräftigen des Weiteren unsere Forderung nach ei-
nem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von
zunächst 7.50 Euro, darüber hinaus die Allgemeinver-
bindlichkeit von Tarifverträgen (u.a. auf Grundlage der
Entsendegesetzrichtlinie).

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

41 Ca. 6,6 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland als ge-
42 ringfügig Beschäftigte. Immer häufiger kommt es vor, dass die
43 Arbeitgeber geringfügig Beschäftigten gar keinen anteiligen
44 Urlaub gewähren oder auch die Lohnfortzahlung im
45 Krankheitsfall sowie andere Rechte verweigern.

46
47 Zum Schutz der Arbeitnehmer existieren entsprechende
48 Arbeitnehmerschutzgesetze. Die Kontrolle ist in der Praxis je-
49 doch eher nachlässig oder findet gar nicht statt, da es fehlende
50 Transparenz bei den Zuständigkeiten gibt. Die im Verhältnis
51 zum Arbeitgeber schwache Position des geringfügig Beschäf-
52 tigten, verhindern die Erfolgsaussichten arbeitsgerichtlicher
53 Verfahren, da unliebsame Beschäftigte schnell gekündigt wer-
54 den können.

K | Kommunal- und Landespolitik

Antrag Nr. K001
UB Göttingen

Mehr Demokratie wagen: Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirksparteitag sich für eine Änderung des Artikels 28 Abs. 1 des Grundgesetzes:

„Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.“

ein in der Weise, dass alle Migrantinnen und Migranten nach Maßgabe von Landesrecht bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden das aktive und passive Wahlrecht erhalten.

Begründung

Das kommunale aktive und passive Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten dient dem erforderlichen Ziel, durch demokratische Teilhabe die Integration von lange im Bundesgebiet lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu fördern.

Die Ungleichbehandlung von EU-Bürgern und Personen mit Staatsangehörigkeit von Ländern außerhalb der EU ist nicht länger hinnehmbar. Während EU-Bürger das aktive Wahlrecht innerhalb der EU auch außerhalb ihrer Herkunftsländer besitzen, so sind Migrantinnen und Migranten weiterhin davon ausgeschlossen. Dabei leben die meisten Migrantinnen und Migranten seit vielen Jahren in deutschen Städten und Gemeinden. Viele sind hier geboren. Sie identifizieren sich mit „ihrer“ Stadt und engagieren sich gesellschaftlich vor Ort. Doch Integration kann nur mit politischer Beteiligung gelingen. Mitwählen bedeutet Mitgestalten! Mitgestalten bedeutet Mitverantwortung und ist ein großer Schritt zur Integration. Politische Rechte für Migrantinnen und Migranten stärken zudem die Demokratie, da ca. 4,3 Mio. Menschen im Bundesgebiet nicht mehr von der politischen Partizipation ausgeschlossen werden. Es wird Zeit, dass die Bundesrepublik mit vielen anderen EU-Staaten gleichzieht und Migrantinnen und Migranten das Kommunale Wahlrecht einräumt. Integration heißt nicht nur fordern, sondern auch fördern!

Die SPD hat über Kurt Beck in seiner Funktion als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz 2007 einen Antrag zur Änderung des Grundgesetzes zur Ermöglichung des Kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten in den Bundesrat eingebracht (siehe Hinweis). Dieser Antrag wurde

Empfehlung der AK

Annahme in folgender Fassung:

Der SPD-Bezirksparteitag setzt sich für eine Änderung des Artikels 28 Abs. 1 des Grundgesetzes ein in der Weise, dass alle Migrantinnen und Migranten nach Maßgabe von Landesrecht bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden das aktive und passive Wahlrecht erhalten.

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

56 nicht weiter verfolgt, da die ablehnende Haltung der Unions-
57 parteien einer notwendigen 2/3-Mehrheit zur Verfassungs-
58 änderung entgegensteht. Die SPD als regierende Partei in der
59 großen Koalition muss als treibende Kraft mutig den Schritt
60 nach vorne gehen. Wir wollen mehr Demokratie wagen!

61
62 [Hinweis: Bereits 1997 wurde der Antrag eingebracht und
63 sollte an den Bundestag weitergeleitet werden. 2007 hat Mi-
64 nisterpräsident Kurt Beck dieses Anliegen erneut eingebracht
65 (Drucksache 623/07). Bündnis 90/Die Grünen haben für den
66 Bundestag den Antrag am 10.10.2007 gestellt (Drucksache
67 16/6628). Ein Ergebnis liegt bisher nicht vor.]

68

69

70 *Adressat*

71 Landesparteitag

72 Bundesparteitag

73 SPD-Bundestagsfraktion

**Antrag Nr. Koo2
UB Göttingen**

Empfehlung der AK
Erledigt durch B003

Einführung von Kinderarmutsbeauftragten zur Bekämpfung von Kinderarmut

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Wir fordern von der Landes- und Bundesregierung die Einfüh-
3 rung von Kinderarmutsbeauftragten in den jeweiligen Regie-
4 rungen. Diese sollen einem Gremium vorstehen, welches sich
5 dezidiert um die Belange der Kinder kümmert.

6

7 Begründung

8 Armut ist ein immer größer werdendes Problem in Deutsch-
9 land. Hierunter leiden vor allem die Kinder der Familien, die
10 unterhalb der Armutsgrenze leben. Allein hier in Göttingen lebt
11 nach Angaben des Masterplans Kinderarmut der Stadt Göttin-
12 gen jedes fünfte Kind in Armut.

13

14 Um eine gute Organisation in dem Bereich zu ermöglichen, er-
15 scheint es uns sinnvoll, die Belange der Kinder von dafür spezi-
16 ell zuständigen Beauftragten koordinieren zu lassen. In deren
17 Aufgabenbereich sollte das Sammeln und Vergleichen von Da-
18 ten, das Organisieren von Veranstaltungen zur Aufklärung
19 über Kinderarmut und die Konzeption von Lösungsansätzen
20 zur Bekämpfung und Verhinderung von Kinderarmut fallen.

21

22 Ein landesweites Gremium erscheint uns sinnvoll, da für die
23 einzelnen Landkreise und Kommunen ein zentraler Ansprech-
24 partner vorhanden ist. Durch diesen können gezielt Informa-
25 tionen weitergegeben werden. Zusätzlich können die unteren
26 Gliederungen durch das so entstehende Netzwerk von Vor-
27 schlägen zu Veranstaltungen und Lösungsansätzen profitieren.

28

29 *Adressat*

30 Landesparteitag

31 Bundesparteitag

Antrag Nr. Koo3
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Ablehnung

Berechtigung des/der Vorsitzenden eines Jugendparlamentes zur Teilnahme an allen Rats- und Ausschusssitzungen

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Die NGO wird dahingegen geändert bzw. ergänzt, dass der/die
3 Vorsitzende eines Jugendparlamentes – bei Verhinderung der/
4 die Vertreter(in) – im Bezug auf die Teilnahme an den gesam-
5 ten Ratssitzungen und an allen Ausschusssitzungen den ge-
6 wählten Ratsmitgliedern gleichgestellt wird.

7
8 Die Gemeinden können die Teilnahme in eigener Satzung
9 regeln.

10
11 **Begründung**

12 Im § 22 e der NGO heißt es:

13
14 „Die Gemeinden sollen Kindern und Jugendlichen bei
15 Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in
16 angemessener Weise beteiligen.

17 Hierzu soll die Gemeinde über die in diesem Gesetz vorge-
18 sehene Beteiligung der Einwohner und Einwohnerinnen
19 hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.“

20
21 Mit dem Jugendparlament ist ein Gremium entstanden, durch
22 das Kinder und Jugendliche ganz allgemein an der Gestaltung
23 des Gemeinwesens beteiligt werden können. Die Mitglieder
24 des Jugendparlamentes werden – wie bei den Kommunalwah-
25 len auch die Mitglieder der Räte – in einem demokratischen
26 Prozess gewählt. Ihre Mitglieder repräsentieren eine Bevölke-
27 rungsgruppe, die ansonsten nicht in den Räten vertreten ist.

28
29 Um ihrer Tätigkeit informiert nachgehen zu können, sollten sie
30 im Bezug auf die Anwesenheitsmöglichkeit den ordentlichen
31 Ratsmitgliedern gleichgestellt werden. Das bedeutet, es muss
32 ihnen die Möglichkeit gegeben werden, an den gesamten Rats-
33 und allen Ausschusssitzungen teilzunehmen.

34
35 In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden,
36 dass es sich bei den Mitgliedern eines Jugendparlamentes nicht
37 um „unorganisierte“ Kinder und Jugendliche von „der Straße
38 “ handelt (s. Kommentar der NGO von R. Thiele zum § 22e),
39 sondern wie bereits oben schon erwähnt, um in einem organi-
40 sierten Wahlvorgang gewählte Vertreter von Kindern und
41 Jugendlichen.

42
43 *Adressat*

44 SPD-Landtagsfraktion

Antrag Nr. Koo04
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Ablehnung

Schaffung eines Landesprogramms zur Förderung von Jugendzentren und Freibädern in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich offen dafür
3 einzusetzen, dass seitens des Landes Niedersachsen ein Förder-
4 und Erhaltungsprogramm aufgelegt wird, dass kleineren
5 Gemeinden in der Fläche die Möglichkeit gibt, vorhandene
6 Freibäder oder Jugendzentren zu erhalten und zu fördern, um
7 so einer weiteren Verschuldung der Gemeinden oder einer
8 Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen in der Fläche ent-
9 gegen zu wirken.

10

11 Grundlage des Förder- und Erhaltungsprogramms soll ein
12 landesweiter Bedarfsplan sein.

13

14 Begründung

15 Die desolante Haushaltssituation der meisten kleinen Gemein-
16 den in Niedersachsen ist hinreichend bekannt. Bei einer ge-
17 naue Betrachtung der Sachlage ist feststellbar, dass die finan-
18 ziellen Defizite dazu führen, dass freiwillige Leistungen wie die
19 Unterhaltung von Freibädern oder Jugendzentren gestrichen
20 werden müssen, da nicht zuletzt auch den zuständigen kom-
21 munalen Aufsichtsbehörde aufgrund der geltenden Rechtslage
22 keine andere Möglichkeit bleibt, als diese Streichung von den
23 betroffenen Kommunen im Rahmen der Aufstellung ihrer
24 Haushaltspläne zu fordern. In einem Flächenland wie Nieder-
25 sachsen kommt hinzu, dass gerade Gemeinden unter 10.000
26 Einwohnern in der Fläche regelmäßig über eine schlechte
27 Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
28 verfügen, was dazu führt, das öffentliche Verkehrsmittel zum
29 Pendeln zwischen den Ortschaften der Gemeinde in der Regel
30 nicht zur Verfügung stehen. Bisher blieben für die Kinder und
31 Jugendlichen als einzige Alternative die Eltern als Taxi.

32

33 Vor dem Hintergrund der derzeit drastischen Steigerung der
34 Lebenshaltungskosten, insbesondere bei Öl und Benzin, wird
35 auch diese Alternative zum ÖPNV nun langsam aber sicher
36 unmöglich, weil für viele Familien nicht mehr bezahlbar. Zu-
37 sammenfassend betrachtet stehen die Gemeinden also vor der
38 Situation, dass sie das Betreuungsangebot für ihre Kinder und
39 Jugendlichen abbauen zu müssen. Alternativangebote sind
40 entweder gar nicht vorhanden oder schlicht nicht zu erreichen,
41 da öffentliche Verkehrsmittel oder eine geeignete Infra-
42 struktur, z.B. in Form von Radwegen, fehlen.

43

44 Was bleibt sind viele Kinder und Jugendliche in den kleinen
45 Gemeinden, die nun im wahrsten Sinne des Wortes auf der
46 Straße sitzen. Die Risiken und Auswirkungen solcher Entwick-
47 lungen sind bekannt und bedürfen von daher auch keiner
48 weiteren Erläuterung.

49

50 Was also fehlt ist eine Möglichkeit, die gerade den kleineren
51 Gemeinden in der Fläche den Unterhalt von vorhandenen
52 Freibädern oder Jugendzentren ermöglicht. Die dazu notwen-
53 digen Mittel dürften nur einen Bruchteil der Kosten ausma-
54 chen, die das Land erwartungsgemäß zukünftig wird aufwen-

55 den müssen, um die Folgen der hier beschriebenen Entwick-
56 lung zu beseitigen.

57

58 Prävention kostet erwiesener Maßen immer weniger als Re-
59 pression und Reparatur. Und wurde nicht gerade von der zu-
60 ständigen Ministerin beklagt, dass zu wenig Jugendliche
61 schwimmen können?

62

63 Es kann nicht angehen, dass wir als SPD zulassen, dass die
64 Landesregierung immer wieder den hohen Stellenwert von
65 Prävention erklärt und zeitgleich von den kleinen Gemeinden
66 verlangt wird, dass diese ihre letzten freiwilligen Ausgaben,
67 nämlich oftmals den Unterhalt von Freibädern oder Jugend-
68 zentren, zur Haushaltssanierung streichen.

69

70 *Adressat*

71 SPD-Landtagsfraktion

Antrag Nr. Koos UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Zukunft der Verwaltung und der Gebietskörperschaften in der Region Uelzen / Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK

Material für die Kommunalpolitische Kommission des
SPD-Landesverbandes Niedersachsen und die SGK
Niedersachsen

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 EDDA – Neue Wege der Verwaltungsstruktur

3

4 **1.** Der Parteitag begrüßt die bisherigen Aktivitäten des Unter-
5 bezirksvorstandes Uelzen/Lüchow-Dannenberg zur Intensivie-
6 rung der Diskussion um eine zukunftsgerichtete Verwaltungs-
7 reform in Nordost-Niedersachsen. Der eingeschlagene Weg
8 unter Einbeziehung der beiden Kreistagsfraktionen und der
9 haupt- und ehrenamtlichen SPD-Spitzen aus Landkreisen und
10 Kommunen, Vorschläge zur verbesserten Zusammenarbeit und
11 deren Strukturierung zu erarbeiten war richtungsweisend und
12 hat die öffentliche Debatte befördert.

13

14 **2.** Die Arbeitsgruppe hat folgendes Papier vorgelegt:

15

Thesepapier zur Zukunft der Verwaltung und der Gebiets- körperschaften in der Region

17

1. Ausgangslage

19 Nicht zuletzt seit die Landesregierung angekündigt hatte, 200
20 Mio. Euro für freiwillige Zusammenschlüsse bzw. Verwal-
21 tungskooperationen der Gemeinden und Landkreise bereitzu-
22 stellen, beschäftigen wir uns auf kommunaler Ebene immer
23 wieder mit der Frage der Strukturreform. Die nach wie vor
24 hohe Verschuldung der Kommunen gerade in Nordost-Nieder-
25 sachsen erhöht den Handlungsdruck zusätzlich.

26

27 Die Reformen der letzten Jahre in Lüchow-Dannenberg sind
28 teils gescheitert, teils unzulänglich, da die Reformrenditen
29 offensichtlich nicht ausreichen, der Verschuldung der beteilig-
30 ten Gebietskörperschaften Herr zu werden.

31

32 Die meisten Verbände, Interessenvertretungen und viele
33 weitere Institutionen haben inzwischen ihre Strukturen
34 geändert. Beispiele sind Sparkassen, Innungen, Kreishand-
35 werkerschaft und das Landvolk. Als „roter Faden“ derartiger
36

37 Fusionsprozesse gibt es folgende (nicht abschließende)
38 Merkmale, die unterschiedlich zu bewerten sind:

- 39 • Erschwerung oder Verlust bei ehrenamtlichen Engage-
40 ments
- 41 • Entstehung regionaler Gremien und Vertretungen
- 42 • Professionalisierung und Spezialisierung bei der Aufga-
43 benerledigung
- 44 • Stärkung der operativen Handlungsfähigkeit und Wett-
45 bewerbsfähigkeit mit jeweils vergleichbaren Institutionen
46 und Einrichtungen im Lande

47

48 *II. Folgen für die SPD in Uelzen und Lüchow-Dannenberg*

49

50 Wir müssen vor dem Hintergrund des zunehmend auch von
51 der EU geforderten Wettbewerbs im Bereich der öffentlichen
52 Dienstleistungen entscheiden, wie wir kommunale Selbstver-
53 waltung und demokratische Vertretung in der Region zukünf-
54 tig gestalten, um vor Ort Arbeitsplätze und Selbstbestimmung
55 zu erhalten und gleichzeitig den dramatischen
56 Schuldenzuwachs der Kommunen zu stoppen und umzukeh-
57 ren. Aus Sicht des Arbeitskreises sind dafür die politischen Ent-
58 scheidungen durch Selbstverwaltung und die Ausführung und
59 Erledigung der Aufgaben und Aufträge klar zu trennen.

60

61 *III. Umsetzung durch neue Formen der Verwaltungskooperation* 62 *(regionale „shared services“)*

63

64 **Aktuell**

65 Geht es nicht um die alten Stichworte „Auflösung, Fusion oder
66 Eingemeindung“ (so genannte Gebietsreform), sondern um
67 Kooperation, die die Kompetenz für die politischen Ent-
68 scheidungen und die politische Verantwortung für Richtigkeit
69 und Zweckmäßigkeit bei den bestehenden Gebietskörper-
70 schaften belässt, Teile der administrativen Arbeiten und Mas-
71 sengeschäfte jedoch auslagert, und zwar nicht an ferne Insti-
72 tutionen oder private Dienstleister.

73

74 Vielmehr ist es dringend geboten, um Arbeitsplätze zu erhalten
75 und neue qualifizierte Arbeitsplätze in der öffentlichen Ver-
76 waltung zu schaffen, schnellstmöglich die Elbe-Heide-Dienst-
77 leistungs- und Datenverarbeitungs-Anstalt (**EDDA**) als Anstalt
78 des öffentlichen Rechts zu errichten, die die zentralisierbaren
79 Verwaltungsdienstleistungen für die Gebietskörperschaften
80 der Region unter Marktbedingungen erledigt. Mittelfristig
81 kann die EDDA diese Leistungen auch überregional anbieten,
82 um den Verwaltungsstandort Elbe-Heide zu stärken und damit
83 neue Arbeit zu schaffen.

84

85 Wechselt möglichst viel Personal aus den Landkreisen und
86 Gemeinden zur EDDA, entsteht ein starker und moderner Di-
87 enstleister, der sich auch unter Marktbedingungen behaupten
88 kann. Die beteiligten Gebietskörperschaften sind in der
89 Anlaufphase verpflichtet, die Dienstleistungen der EDDA abzu-
90 nehmen; danach sorgen sie für eine definierte Grundausstat-
91 tung, damit durch hohe Standardisierung und hohe Stückzah-
92 len günstige Kosten erreicht werden. Die Anstalt muss zum
93 Wettbewerb fähig sein, damit sie sich dauerhaft in einem zu
94 erwartenden Markt behauptet.

95

96 Die EDDA wird dadurch politisch kontrolliert, dass die Räte und
97 Kreistage zum einen in den Aufsichtsratsgremien vertreten

98 sind, zum anderen, dass sie als Auftraggeber nach einer
99 Übergangszeit entscheiden, ob sie auf den Service der EDDA
100 zugreifen.

101

102 Die Serviceleistungen, die die EDDA erbringt, werden mit Hilfe
103 von Fachleuten unter dem Motto: „Wer kann was? Wer kann
104 was besser? Wer kann es günstiger? aus den bisherigen Ver-
105 waltungsstrukturen ausgelagert.

106

107 Die Funktionsfähigkeit der gemeindlichen Selbstverwaltung
108 vor Ort bleibt das dauerhafte Ziel aller Veränderungsprozesse.
109 Deshalb müssen wir in einem Europa der Regionen sicherstel-
110 len, dass unsere Städte und Gemeinden handlungsfähig sind
111 und bleiben.

112

113 **Mittelfristig gilt:**

114

115 **1. Samtgemeinden oder Einheitsgemeinden?**

116 Die Frage, ob und welche Veränderungen sich in den bishe-
117 rigen Samtgemeinden empfehlen, muss den Kommunen selbst
118 überlassen sein; es gibt keinen Königsweg und kein Leitbild,
119 das sie sich „von oben“ überstülpen lassen müssen.

120

121 **2. Landkreise oder Region?**

122 In allen Regionen Niedersachsens gibt es bereits fortgeschrit-
123 tene Pläne zur Bildung von regionalen politischen Einheiten;
124 die Region Hannover ist seit Jahren Fakt. Die Landkreise Uelzen,
125 Lüchow-Dannenberg, Harburg und Lüneburg, also die Elbe-
126 Heide-Region, hängt bei dieser Frage weit zurück. Selbst Ge-
127 spräche über einfache Verwaltungskooperationen sind ein
128 hoch empfindsames Politikum, das von Kirchturmdenken be-
129 hindert wird.

130

131 Der Parteitag nimmt diese Ausführungen zustimmend zur
132 Kenntnis.

133

134 **Beschlussvorschläge:**

135

136 1. Der Parteitag hält an politischer Selbstvertretung durch
137 Räte und Kreistage fest.

138 2. Das Land muss klare Fahrpläne für Verwaltungsstruktur-
139 reformen und „Hochzeitsprämien“ erstellen.

140 3. Der Parteitag fordert den neu gewählten Vorstand auf, die
141 Arbeit für eine zukunftsfähige Verwaltungs-Organisation
142 auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse fortzusetzen
143 und unter Einbeziehung weiterer ExpertInnen um-
144 setzungsfähige Vorschläge für die Gliederungen der Partei
145 und ihrer Fraktionen vorzulegen.

146 4. Der Parteitag fordert die Kreistagsfraktionen Uelzen und
147 Lüchow-Dannenberg und die Stadtratsfraktion Uelzen auf,
148 ihre bisherige Mitwirkung fortzusetzen und dabei in ihren
149 Gremien auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit und
150 Kooperation der Gebietskörperschaften aus Uelzen und
151 Lüchow-Dannenberg hin zu wirken.

152 Alle Samtgemeinden und Gemeinden sollen die Potentiale
153 einer Beteiligung für sich prüfen.

154 5. Der Parteitag fordert die Landesebene auf, sich für eine
155 aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen und
156 Landkreise einzusetzen. Dazu gehört insbesondere, dass
157 die Finanzierung von Kooperations- und Zusammen-

158 arbeitsprozessen auf einer objektiven überprüfbaren ge-
159 setzlichen Grundlage erfolgt.

160

161 *Adressat*

162 kein Adressat

**Antrag Nr. Koo6
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg**

**Empfehlung der AK
Annahme**

**Altpapierentsorgung: Kommunale Steuerung statt
Häuserkampf – Gesetzesänderung erforderlich**

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Die Überlassungspflicht privater Haushaltungen gegenüber
3 dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ist durch eine
4 Ergänzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/
5 AbfallG) zu sichern. Hierzu muss insbesondere durch eine
6 Präzisierung des Begriffes „öffentliche Interessen“ in § 13 Abs.
7 3 Nr. 3 KrW-/AbfG garantiert werden, dass die betroffenen
8 Kommunen einseitige gewerbliche Sammlungen von Altpapier
9 wegen der damit verbundenen Gefahr einer Gebührenerhö-
10 hung sowie wegen der Gefährdung der kommunal getätigten
11 Investitionen rechtlich unterbinden können.

12

13 Begründung

14 Vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung ver-
15 schiedener Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte, wo-
16 nach Kommunen privaten Entsorgungsunternehmen die
17 gewerbliche Sammlung von Altpapier nicht untersagen dürfen,
18 muss die schleichende Aushöhlung der kommunalen Ents-
19 orgungshoheit durch gesetzgeberische Maßnahmen unter-
20 bunden werden. Der gezielte Zugriff von Privatunternehmen
21 auf das Altpapier bedeutet eine Kommunalisierung der Ents-
22 orgungskosten zulasten der Bürger, während die Gewinne
23 privatisiert werden.

24

25 Angesichts in den letzten Jahren stark gestiegener Händler-
26 preise für Altpapier von noch vor kurzem bis ca. 100 Euro pro
27 Tonne sucht die private Entsorgungswirtschaft zunehmend
28 den Zugriff auf diesen Stoff. Für Kommunen und Privat-
29 haushalte wird diese Entwicklung oftmals in Form von neuen
30 Sammelbehältern, die von privaten Entsorgungsunternehmen
31 in Wohngebieten eigenmächtig aufgestellt werden, sichtbar.
32 Beeinträchtigungen des Ortsbildes sowie eine Zunahme des
33 Straßenverkehrs sind die Folgen. Es ist aber auch volkwirt-
34 schaftlich nicht nachvollziehbar, wenn mehrere Entsorger ohne
35 Durchführung eines geordneten Wettbewerbs einseitig auf
36 Wertstoffe aus Privathaushalten zugreifen. Folge ist, dass in
37 einzelnen Kommunen bis zu vier verschiedene Altpapiertonnen
38 von Privaten und Kommunen aufgestellt worden sind.

39

40 Der Häuserkampf um Recyclingmaterial wird immer dann ein-
41 setzen, sobald die Rohstoffpreise wegen der Nachfrage auf den
42 Weltmärkten wieder steigen. Der Erlös aus der Papierverwer-
43 tung ist ein fester Bestandteil der kommunalen Gebühren-
44 kalkulation, mit dem letztlich auch die Entsorgung von Besei-
45 tigungsabfällen in der grauen Tonne mitfinanziert wird. Die
46 Gewinne der Privatunternehmen werden also letztlich von den
47 Abfallgebührenzählern finanziert. Gebührensteigerungen kön-
48 nen daher Folge einer einseitigen gewerblichen Altpapierents-

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

49 orgung sein. Weiterhin ist nicht einzusehen, warum der einsei-
50 tige Zugriff eines privaten Entsorgungsunternehmens einer
51 ordnungsgemäßen und an mittelstandsfreundlichen Grund-
52 sätzen orientierten öffentlichen Ausschreibung durch die
53 Kommune mit anschließender Vergabe an einen privaten
54 Entsorger vorzuziehen ist.

55
56 Gefährdet ist aber auch die weltweit einmalig hohe Er-
57 fassungsquote des Altpapiers in Deutschland. Während in
58 kommunaler Verantwortung bisher rund 90 Prozent des
59 wieder verwertbaren Papiers erfasst werden konnten, be-
60 schränken sich gewerbliche Sammlungen auf die betriebswirt-
61 schaftlich rentablen und dicht bevölkerten Entsorgungs-
62 gebiete. Daneben können die betroffenen Kommunen keine
63 attraktiven Erfassungssysteme für die verbleibenden unrenta-
64 blen Sammelgebiete mehr anbieten. Gleichzeitig geht die
65 Planungssicherheit für die Kommunen verloren.

66

67 *Adressat*

68 Kommunalpolitische Kommission des SPD-Landesverbandes
69 Niedersachsen
70 SGK Niedersachsen

O | Organisationsfragen

Antrag Nr. 0001 UB Schaumburg

Landeslisten statt Bundeslisten bei Europawahlen

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

- 2
- 3 1. Bei künftigen Europawahlen werden die Bundeslisten
4 durch Landeslisten ersetzt.
 - 5 2. Partei und Landtagsfraktion werden beauftragt, das
6 Weitere in die Wege zu leiten.
- 7
8

9 **Begründung**

10 Für die Wähler/innen ist eine „Personifizierung“ des
11 Wahlkampfes wichtig. Das erfordert aus Gründen der Klarheit
12 eine Übereinstimmung mit den in den jeweiligen Listen aufge-
13 führten Kandidaten.

14

15 Die Wähler/innen müssen also die Personen, für die in den
16 Medien und auf Plakaten geworben wird, namentlich auf dem
17 Wahlzettel wiederfinden. Das ist bei der Europawahl nicht in
18 vollem Umfang gewährleistet. Die bisherige Praxis sieht mit
19 Ausnahme von CDU und CSU durchweg Bundeslisten vor, auf
20 denen jeweils nur einige wenige Kandidaten der betreffenden
21 Partei aufgeführt sind. Die den Wähler/innen bekannten Per-
22 sonen werden häufig nicht erwähnt. Das kann die Wahlchan-
23 cenzen dieser Kandidaten/Kandidatinnen in unzulässiger Weise
24 verringern und das Wahlergebnis der Partei nachteilig be-
25 einflussen. Auch trägt es sicherlich zur geringen Wahlbetei-
26 ligung bei.

27

28 Daher sind Landeslisten auch für die Europawahl dringend
29 erforderlich.

30

31 *Adressat*
32 Bundesparteitag

Empfehlung der AK

Annahme in folgender Fassung:

1. Bei künftigen Europawahlen werden die Bundeslisten durch Landeslisten ersetzt.
2. Die Landespartei wird beauftragt, das Weitere in die Wege zu leiten.

Antrag Nr. 0002 UB Nienburg

Beitragslose Mitgliedschaft

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Die Kriterien für eine beitragsfreie Mitgliedschaft sind fest-
3 zulegen. Als Alternative zur beitragsfreien Mitgliedschaft sollte
4 geprüft werden, den Mindestbeitrag deutlich zu reduzieren.

5

6 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert Lösungsvorschläge
7 zu erarbeiten, um dem o.g. Personenkreis eine weitere Mit-
8 gliedschaft in unserer Partei zu ermöglichen.

9

10 Es sollte in den §1 (2) der Finanzordnung folgender Passus ein-
11 gearbeitet werden:

12

13 Genossinnen und Genossen, die ihren Lebensabend in Pflege-
14 einrichtungen verbringen oder diesen von einer geringen Rente
15 bestreiten müssen, kann auf Antrag Beitragsfreiheit gewährt
16 werden.

17

Empfehlung der AK

Ablehnung, da

- 1.) Patenschaften bereits durch Ortsvereine oder MandatsträgerInnen übernommen werden können.
- 2.) Bei Personen, die unter Betreuung stehen, ist entsprechend nachzufragen.

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

18 **Begründung**

19 Da das Alter der Genossinnen und Genossen immer höher wird
20 und einige langjährige und auch verdiente Genossinnen und
21 Genossen, ihren Lebensabend in Pflegeeinrichtungen oder von
22 einer geringen Rente bestreiten müssen, treten viele aus fi-
23 nanziellen Gründen aus der SPD aus.

24

25 Momentan besteht nach den Statuten keine Möglichkeit, die-
26 sen Mitgliedern eine Mitgliedschaft zu gewähren.

27

28 *Adressat*

29 Bundesparteitag

Antrag Nr. 0003
OV Einbeck

Empfehlung der AK
Annahme

UB-Grundmandat für Landesparteirat **§ 8 Landesverbandsstatut**

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Der Bezirk Hannover setzt sich für eine Ergänzung von § 8 des
3 Landesverbandsstatutes ein: Jeder Unterbezirk erhält ein
4 Grundmandat, die weiteren Mandate werden nach Mitglieder-
5 stärke verteilt. Die Wahl erfolgt auf dem Unterbezirkspartei-
6 tag; eine Vertretung ist zulässig.

7

8 **Begründung**

9 Der Landesparteirat hat sich als wichtiges integratives
10 Gremium auf Landesebene etabliert. Er gewährleistet einen
11 regelmäßigen Informationsaustausch und eine zeitnahe
12 Willensbildung der niedersächsischen SPD. Umso wichtiger ist
13 die Präsenz der Vertreter aus allen Unterbezirken.

14

15 Angesichts unstetiger Termine und wechselnden Tagungsort
16 ist dies mit den ordentlichen Parteiratsmitgliedern nicht ge-
17 währleistet. Deshalb sollte analog der Delegierten zu Parteita-
18 gen eine jederzeitige Vertretungsmöglichkeit gegeben sein.
19 Derzeit ist dies nur durch Ausscheiden der ordentlichen Mit-
20 glieder.

21

22 *Adressat*

23 Landesparteitag

Antrag Nr. 0004
UB Hildesheim

Empfehlung der AK
Erledigt durch geltende Praxis

Unterlagenversand zu Parteitag

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Die Delegierten zu Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen
3 erhalten die für die Beratung erforderlichen Unterlagen min-
4 destens zehn Tage im voraus.

5

6 Falls nötig, muss die Satzung entsprechend geändert werden.

7

8 *Adressat*

9 Landesparteitag

10 Bundesparteitag

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

P | Partei

Antrag Nr. P001
OV Weyhe

Empfehlung der AK
Annahme

Vorwärts handeln – erste Konsequenzen nach der Bundestagswahl

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 **1.) Inhaltliche Profilierung**

3 Mit ihrem Hamburger Programm ist die SPD gut aufgestellt.
4 Auch das Wahlprogramm für die Bundestagswahl hat die richtigen programmatischen Anforderungen formuliert. Der SPD
5 ist es jedoch nicht gelungen, aus den richtigen programmatischen Grundlagen ein für die Wählerinnen und Wähler
6 erkennbares, attraktives politisches Profil abzuleiten. Die Programme müssen jedoch gelebt und umgesetzt werden!
7
8
9
10

11 **2.) Personelle Erneuerung**

12 Die Parteiführung muss sich personell erneuern und verjüngen.
13 Dabei steht vor allem die Notwendigkeit im Mittelpunkt, eine neue Phase sozialdemokratischer Politik nach Rot-Grün und
14 Großer Koalition auch personell zu unterlegen. Der Bundesparteitag im November bietet daher die Chance, die Führung der
15 Partei in neue Hände zu legen.
16
17
18

19 **3.) Strategische Ausrichtung**

20 In der Vergangenheit hat die SPD im Bund die Linkspartei zunächst ignoriert, dann tabuisiert.
21
22

23 Beides war wenig erfolgreich. Es war und ist richtig, der Linkspartei für die Bundestagswahl 2009 die Regierungsfähigkeit
24 abzusprechen. In den kommenden Jahren kommt es aber darauf an, Bedingungen zu stellen und der Linkspartei außenpolitische
25 Verlässlichkeit und ökonomische Rationalität abzufordern. Nur so kann die Linkspartei zur Regierungsfähigkeit
26 gezwungen und so verhindert werden, dass sie als reine Protestpartei unzufriedene Wählerstimmen einsammelt.
27
28
29
30
31

32 Die politische Auseinandersetzung muss sich darauf konzentrieren, dass die gesellschaftliche Linke in Deutschland wieder
33 eine Mehrheit erhält und die sie tragenden Parteien untereinander koalitionsfähig werden. Dies ist nur dann möglich, wenn
34 die SPD die Nichtwähler dieser Wahl wieder aktiviert und künftig auf kontraproduktive Tabuisierungen einzelner Koalitionsoptionen
35 verzichtet.
36
37
38
39
40

41 **Begründung**

42 Die SPD hat mit 23 Prozent eine dramatische Wahlniederlage erlitten, die in der bundes-deutschen Geschichte der Sozialdemokratie
43 einmalig ist. Der Substanzverlust der Volkspartei SPD hat eine Qualität erreicht, die deutliche personelle und strategische
44 Veränderungen in der Parteiführung und in ihrer Politik erforderlich machen.
45
46
47
48

49 Der drastische Verlust an Wählerstimmen ist Teil eines längerfristigen Prozesses des Verlustes an Wählervertrauen, der nach
50 1999 mit dem Blair-Schröder-Papier („neue Mitte“), der so genannte Reformpolitik der „Agenda 2010“ ab 2003 und den Reformen
51 in der Arbeitsmarktpolitik einsetzte. Dieser wahrgenommene Bruch mit dem programmatischen Kern der SPD als Partei der sozialen
52 Gerechtigkeit und der „kleinen Leute
53
54
55

1. als Material für den Auswertungs- und Perspektivkongress des SPD-Bezirk Hannover am 21. Oktober 2009.

2. als Material für die Diskussion auf dem Bezirksparteitag und nach dem Bezirksparteitag.

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

56 “ mündete in einen bis heute andauernden nachhaltigen Ver-
57 lust von traditionellen Wählerschichten ohne dass dauerhaft
58 relevante neue Wählerschichten erschlossen werden konnten.
59 Die „Politik der Mitte“ ohne festes Standbein im traditionellen
60 Wählermilieu ist offensichtlich gescheitert. Eine selbstkritische
61 Analyse der SPD-Politik seit 1999 ist zwingend erforderlich.

62
63 Im Vergleich zu 1998 konnte die SPD am 27. September 2009
64 mit etwa zehn Millionen Wählerinnen und Wähler nur noch
65 rund die Hälfte der Stimmen an sich binden. Die Situation ist
66 vertrackt: die Wählerinnen und Wähler sind zu ungefähr glei-
67 chen Teilen an CDU/CSU, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grü-
68 nen abgewandert. Zu kleineren Teilen verlor sie an die FDP, vor
69 allem aber zum größten Teil an das Lager der Nichtwähler. Dies
70 zeigt dreierlei:

- 71
72 1. Es ist der SPD nicht gelungen, sich innerhalb der Koalition
73 glaubhaft zu profilieren. Im Gegenteil: die SPD verlor in
74 den vier Jahren durch die Politik der „großen Koalition“ in
75 wesentlichen Bereichen ihre Unterscheidbarkeit zur Union,
76 obwohl es eine erkennbare sozialdemokratische
77 Handschrift der Koalition gab.
- 78 2. Taktisch hat sich die SPD zur Bundestagswahl 2009 in eine
79 selbstgestellte Falle manövriert: Es wurde bislang nicht
80 ernsthaft versucht, einen kritischen Dialog zwischen SPD,
81 Linkspartei und Grünen über gemeinsame wie trennende
82 Ziele und Perspektiven zu etablieren. Durch den Aus-
83 schluss von Koalitionsoptionen standen damit faktisch nur
84 die unpopulären Optionen einer Ampel und einer erneu-
85 ten schwarz-roten Koalition im Raum.
- 86 3. Letztlich ist es nicht gelungen, sich ein eigenständiges Pro-
87 fil zu erarbeiten. Dieses unscharfe Profil der SPD, ihr zöger-
88 liches Agierendes und die mehr als wackelige strategische
89 Ausrichtung in den Koalitionsaussagen führte unterm
90 Strich zu einer Situation, mit der viele Wählerinnen und
91 Wähler nicht (mehr) erreicht werden konnten.

92
93 Wesentliche Akteure der SPD wie Steinmeier, Steinbrück und
94 Müntefering sind mit der Agenda-Politik ab 2003 bzw. der
95 abgewählten „Großen Koalition“ ab 2005 verbunden. Bei der
96 notwendigen Neuaufstellung der SPD für die kommenden
97 Jahre ist ein glaubwürdiger Neuanfang nur möglich, wenn es
98 auch zu personellen Veränderungen an der Parteispitze
99 kommt.

100 *Adressat*
101 Bundesparteitag

Antrag Nr. Poo2 **Juso-Bezirk Hannover**

SPD erneuern

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis
3 seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt. Die SPD befindet sich
4 in einer schweren Krise. Erforderlich ist jetzt eine intensive
5 Diskussion über die inhaltliche, strategische, personelle und
6 organisatorische Erneuerung der Partei. Wir brauchen einen
7 radikalen Erneuerungsprozess. Klar ist für uns hierbei, dass alle

Empfehlung der AK **Annahme**

1. als Material für den Auswertungs- und Perspektivkongress des SPD-Bezirk Hannover am 21. Oktober 2009.

2. als Material für die Diskussion auf dem Bezirksparteitag und nach dem Bezirksparteitag.

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

8 Kräfte und dabei vor allem auch die Fraktion und die Partei
9 gemeinsam an dieser Erneuerung arbeiten müssen.

10

11 Zudem muss die SPD ihre Rolle als Oppositionspartei finden.
12 Wir werden uns als Oppositionspartei neben den Grünen und
13 der Linken profilieren müssen. Dies wird ein schwieriger Weg.

14

15 **Inhaltliche Erneuerung**

16 Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Bürgerinnen
17 und Bürger haben uns trotz eines engagierten Wahlkampfes die
18 richtigen Inhalte des Regierungsprogramms nicht abgenom-
19 men.

20

21 Einer der Hauptgründe des dramatisch schlechten Wahlergeb-
22 nisses ist die Politik der Agenda 2010: Fast zwei Drittel der an-
23 gestammten SPD-Wählerinnen und Wähler sagen, die SPD
24 habe mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufge-
25 geben. Das haben uns unsere Wählerinnen und Wähler nicht
26 verziehen – und gingen entweder nicht zur Wahl oder wandern
27 ab. Das ergaben zumindest die Wahlanalysen der Umfra-
28 geinstitute.

29

30 Wir brauchen eine konsequente und überzeugende Abkehr von
31 der Politik der Agenda 2010.

32

33 Die SPD muss zurück zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit
34 finden. In der Regierung haben wir häufig eine andere Politik
35 verfolgt, als wir nun im Regierungsprogramm versprochen
36 hatten. Wer sich im Programm für „Gute Arbeit“ einsetzt und
37 mit der Politik der Agenda 2010 bewusst eine dramatische
38 Ausweitung des Niedriglohnsektors befördert hat, der hat ein
39 Glaubwürdigkeitsproblem. Das gilt auch für andere Ent-
40 scheidungen: Im Wahlkampf 2005 haben wir uns gegen eine
41 Erhöhung der Mehrwertsteuer eingesetzt, zwei Monate später
42 haben wir sie sogar deutlicher erhöht als vorher von der Union
43 gefordert. In programmatischen Reden steht die SPD für eine
44 öffentliche Daseinsvorsorge, im Regierungshandeln haben wir
45 uns für die Privatisierung der Bahn eingesetzt. In der Fi-
46 nanzkrise fordern wir eine stärkere Regulierung der Fi-
47 nanzmärkte, in der rot-grünen Bundesregierung wurden be-
48 stehende Regulierungen drastisch gelockert. Hinzu kamen
49 weitere Fehlentscheidungen in der Innenpolitik: Das Erstarken
50 der Piratenpartei bei den JungwählerInnen ist nicht zuletzt auf
51 die Entscheidung für unsinnige Netzsperrungen und die Auswei-
52 tung von Online-Durchsuchungen zurückzuführen. Spätestens
53 seitdem ist die SPD auch im Bereich der BürgerInnenrechte
54 nicht mehr der Garant für Freiheit. Die Menschen glaubten uns
55 die im Wahlkampf versprochene Neuausrichtung vielfach
56 nicht, was auch an der fehlenden Abgrenzung gegenüber
57 früheren Fehlentscheidungen lag: Es funktioniert eben nicht,
58 einerseits im SPD-Regierungsprogramm eine sozial gerechtere
59 Politik einzufordern, und andererseits die bisherige SPD-Regie-
60 rungspolitik zu verteidigen. Die SPD muss die Agenda 2010 und
61 ihre Folgen ehrlich, offen und konstruktiv aufarbeiten. Nur
62 dann ist auch die Oppositionsrolle glaubwürdig. Ein einfaches
63 „weiter so“ kann es nicht geben.

64

65 **Strategische Erneuerung**

66 Die scharfe Abgrenzung von und das Ausschließen einer Zu-
67 sammenarbeit mit der Linkspartei hat die SPD in eine strategi-
68 sche Sackgasse manövriert. Die SPD ist dadurch bei der Koaliti-

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

69 onsbildung immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-
70 grün) abhängig. Beide Koalitionsoptionen sind in der Bevölke-
71 rung und insbesondere bei SPD-Anhängerinnen und An-
72 hängern unbeliebt.

73

74 Ein SPD-Kanzlerkandidat, der nicht Kanzler werden kann, weil
75 er von vorneherein die einzig realistische Koalition ausschließt,
76 überzeugt die Menschen nicht. Das ist zumindest ein strategi-
77 sches Dilemma. Natürlich ist ein Zusammengehen mit der
78 Linkspartei auf der Bundesebene nicht ohne weiteres möglich.
79 Die SPD muss nun aber einen Diskurs gemeinsam mit der Par-
80 tei "Die Linke" einleiten, um Möglichkeiten für eine perspek-
81 tivische Zusammenarbeit auszuloten. Dazu gehört ebenso, den
82 Ländern, in denen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der
83 programmatischen Nähe die Möglichkeit für Koalitionen links
84 von Union und FDP möglich sind, keine Steine in den Weg zu
85 legen. Teile der SPD haben sich in den letzten Jahren von ihren
86 potenziellen Wählerinnen und Wählern entfremdet. Sozial-
87 demokratische Oppositionspolitik muss in den nächsten vier
88 Jahren zum Ziel haben, auch in wahlkampffreien Zeiten kon-
89 tinuierlich den Weg zurück zu den Menschen vor Ort zu finden,
90 um so verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Ein
91 klares Ziel muss für die SPD sein den engen Schulterschluss mit
92 den Gewerkschaften zu üben.

93

94 Denn nur durch das Gewinnen von Bündnis- und Dialog-
95 partnern in der Zivilgesellschaft kann die SPD ihr linkes Profil
96 schärfen und sich so in der Bevölkerung wieder als vertrauens-
97 würdige Kraft der sozialen Gerechtigkeit etablieren. Dies
98 bedeutet den Abschied von einem Marketing der Politikinhalte
99 und leeren Phrasen wie „Unser Land kann mehr“ hin zu einer
100 an Vertrauen orientierten Politik. Nicht nur Wahlkampf,
101 sondern langfristige Vertrauensarbeit in und mit der Zivilge-
102 sellschaft gibt der SPD eine langfristige Perspektive!

103

104 **Personelle Erneuerung**

105 Der SPD fehlt Glaubwürdigkeit. Dies hat inhaltliche, aber auch
106 personelle Ursachen. Trotz eines insgesamt guten Regierungs-
107 programms konnten wir die Wählerinnen und Wähler nicht
108 von der SPD überzeugen. Wir konnten als Sozialdemokratie
109 nicht vermitteln, warum diejenigen Personen, die jahrelang
110 marktradikalen Politikansätzen nachgeeifert haben, nun plötz-
111 lich eine sozialere, entgegengesetzte Politik machen sollen.
112 Große Teile der Parteiführung haben sich bis heute nicht von
113 den Fehlern der SPD-Regierungspolitik distanziert, sondern
114 verteidigen noch immer die damaligen Entscheidungen.

115

116 Die notwendige Erneuerung der Partei muss auch eine per-
117 sonelle Erneuerung bedeuten. Die alten Köpfe können nicht
118 glaubwürdig für einen Neuanfang stehen. Daher muss bis zum
119 Bundesparteitag im November eine intensive innerparteiliche
120 Diskussion auch über das künftige Spitzenpersonal geführt
121 werden. Nach dem Parteitag muss die Partei über einen Vor-
122 stand verfügen, der auch personell den Neuanfang hin zu einer
123 Politik sozialer Gerechtigkeit glaubwürdig und dauerhaft ver-
124 treten kann. Wir müssen ein breites Personal-Tableau aufstel-
125 len. Die Position des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvor-
126 sitzenden in eine Hand zu geben, wäre aktuell ein Fehler.

127

128 **Organisatorische Erneuerung**

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

129 In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Par-
130 tei an den Mitgliedern vorbei durchgesetzt worden oder beste-
131 hende Entscheidungen der Partei, wie etwa der Parteitagsbe-
132 schluss gegen die Bahnprivatisierung, wurden im Regierungshandeln einfach ignoriert. Die SPD lebt aber immer noch – gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen. Deshalb bedarf es auch einer Diskussion über die organisatorische Erneuerung der SPD, die zu mehr innerparteilicher Demokratie führen muss. SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wiedergewinnen, indem sie die demokratische Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert. Entscheidend ist es dabei auch, Konzepte zu entwickeln, die den Parteimitgliedern mehr Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung bieten.

143

144 Mit einer solchen Neuaufstellung kann die SPD auch wieder erfolgreich sein und Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität gewinnen.

147

148

149 *Adressat*

150 Bundesparteitag

R | Rechts- und Innenpolitik

Antrag Nr. Ro01
Juso-Bezirk Hannover

Empfehlung der AK
Annahme

Jugendstrafrecht: Erziehungsgedanke vor Bestrafung - Stärkere Unterstützung für Jugendgerichte, -vollzugsanstalten und Betreuungsangebote für jugendliche Straftäter

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Seit den Landtagswahlen im Januar in Hessen ist erneut eine
3 Diskussion über Jugendkriminalität entbrannt. Die Forderungen
4 von Unionspolitikern die Höchststrafe im Jugendstrafrecht
5 von 10 auf 15 Jahre zu erhöhen ist hier genauso wenig ange-
6 bracht, wie die Einführung von Erziehungscamps mit
7 zweifelhaften und nicht evaluierten Methoden. Die Ge-
8 sellschaft sollte im Umgang mit ihren jugendlichen Straftätern
9 andere Optionen wählen.

10

11 Wir Jusos fordern, dass

- 12 1. die Jugendgerichte und die Staatsanwaltschaften mit
13 mehr qualifizierten Personal ausgestattet werden, um die
14 Dauer der Ermittlung und des Verfahren zu verkürzen.
- 15 2. die Jugendhaftanstalten mit Hilfe von mehr finanziellen
16 Mitteln eine sinnvolle pädagogische Betreuung ihrer In-
17 sassen und ihre Rehabilitierung in die Gesellschaft ermög-
18 lichen.
- 19 3. Hilfsprojekte zur Reintegration von ehemaligen Straftät-
20 ern in unsere Gesellschaft stärker gefördert werden.
- 21 4. Präventionsarbeit im Jugendbereich gefördert wird, um die
22 Entstehung von Jugendkriminalität zu verhindern.

23

24 Begründung

25 Ein großes Problem im Umgang mit der Jugendkriminalität ist
26 die Dauer der Jugendstrafverfahren. Alleine zwischen der An-
27 klage und der Verurteilung liegen häufig mehrere Monate, die
28 Ermittlungszeit von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht mit-
29 gerechnet. Eine schnelle Verurteilung ist jedoch unerlässlich
30 um ein Unrechtsbewusstsein bei den jungen Straftäter/innen
31 zu erzeugen und dass sie merken, dass ihre Vergehen geahndet
32 werden. Jemand der im Frühjahr einen Raub begeht und erst
33 im Dezember oder sogar später dafür zur Rechenschaft
34 gezogen wird, ist von einer kriminellen Karriere nur schwer ab-
35 bringen zu lassen. Daher brauchen die Gerichte und die Staats-
36 anwaltschaft mehr qualifiziertes Personal, um die Ermittlungs-
37 zeit und besonders die Verfahrenszeit zu verkürzen.

38

39 Die Jugendgefängnisse in Deutschland sind überfüllt und sie
40 sind personell stark unterbesetzt. Auf die vielen jungen
41 Straftäter/innen kommen zu wenige Betreuer, Psychologen
42 und Justizvollzugsangestellte. So kam es bei Berlin in der Haft-
43 anstalt Plötzensee in vier Monaten im Sommer 2007 zu 99
44 Anzeigen wegen Körperverletzung. Jugendrichter haben be-
45 reits gedroht Jugendliche nicht mehr in die Haftanstalt
46 einzuweisen, falls dort die Gewalt unter den Häftlingen nicht
47 aufhört. In den Medien ist ausführlich über einen Foltermord in
48 einer Anstalt in Nordrhein-Westfalen berichtet worden.

49

50 Es wundert an dieser Stelle nicht, dass die Rückfallquote bei
51 den zu Jugendstrafe verurteilten jungen Männern an die 80%
52 beträgt. Dem kann nur mit qualifizierter pädagogischer Be-
53 treuung und genügend Raum in Gefängnissen entgegen-

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

54 gewirkt werden. Hierfür müssen die Haftanstalten dringend
55 mit mehr finanziellen Mittel ausgestattet werden.

56

57 In den vergangenen Jahren sind häufig Programme für Bewäh-
58 rungshilfen oder Anti-Aggressions-Trainings den Sparambitio-
59 nen von Verwaltung und Politiker/innen zum Opfer gefallen.
60 Gerade solche Hilfsprojekte benötigt man jedoch um Straftä-
61 ter/innen und ehemalige Straftäter/innen in unserer Ge-
62 sellschaft wieder zu integrieren. Ein/e entlassene/r Inhaftierte/
63 r der/die in ein schwieriges soziales Umfeld mangels anderer
64 Alternativen zurückkehrt, wird ohne die nötige Betreuung un-
65 ter Umständen erneut straffällig werden. Daher müssen mehr
66 Gelder für solche Programme bereitgestellt werden.

67

68 *Adressat*

69 SPD-Landtagsfraktion

Antrag Nr. Rooz
Juso-Bezirk Hannover

Empfehlung der AK
Ablehnung

Aufstockung der Senate am Bundesverfassungsgericht

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2

- 3 1. Wir fordern, dass für die Verfahren, in denen eine zwei
4 Drittel Mehrheit notwendig ist, der Senat aufzustocken ist.
5 Hierbei kommen neun oder zwölf Richter in Frage.
- 6 2. Weiterhin fordern wir, dass alle Richter bei den Verhand-
7 lungen und Entscheidungen anwesend sein müssen.
- 8 3. Sollte ein Richter während der Verhandlung altersbedingt
9 oder durch Dienstzeitende ausscheiden, ist er für die Dauer
10 des Verfahrens weiterhin als Richter am Bundesver-
11 fassungsgericht zu belassen.
- 12 4. Die SPD-Bundestagsfraktion wird beauftragt die rechtli-
13 chen Möglichkeiten prüfen zu lassen.

14

Begründung

1. Bisherige Situation

17 Über ein das Verbot einer verfassungsfeindlichen Partei ent-
18 scheidet laut Art. 21 II GG das Bundesverfassungsgericht.
19 Hierbei setzt das Bundesgesetz (BVerfGG) jedoch große Hürden
20 für ein solches Verbot. Zwei Drittel der Richter müssen dem
21 Antrag zustimmen. Für das Parteiverbotsverfahren ist der 2.
22 Senat des Bundesverfassungsgerichts zuständig. Jeder der bei-
23 den Senate besteht dabei aus acht Richtern.

24

2. Problematik

26 Dadurch das es nur acht Richter gibt, von denen Zwei Drittel
27 zustimmen müssen, ergibt sich rein rechnerisch 5,33 Richter
28 zustimmen müssen. Da ein Richter nicht in drei Teile geschnit-
29 ten werden kann, sind für diesen Antrag also sechs Richter
30 notwendig. Sechs von acht Richtern sind jedoch drei Viertel der
31 Mitglieder des 2. Senates. Somit ist die eigentliche Zahl des
32 Quorums nicht erreichbar.

33

34 1963 wurde das Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG)
35 so geändert, das die ursprüngliche Zahl der Richter von zwölf
36 auf acht gesenkt wurde. Damit ergibt sich für die Verfahren,
37 die eine zwei Drittel Mehrheit erfordern, ein Problem.

38 *Adressat*
39 SPD-Bundestagsfraktion

Antrag Nr. Roo3
Juso-Bezirk Hannover

Empfehlung der AK
Annahme

Abschaffung des Ehegattensplittings im Steuerrecht

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Das Ehegattensplitting im Steuerrecht ist abzuschaffen und
3 durch eine Individualbesteuerung für jeden Ehegatten zu er-
4 setzen. Die entsprechenden Gesetzesvorschriften sind zu
5 ändern.

6 Begründung

7 Beim Ehegattensplitting wird das Ehepaar gemeinsam zur Ein-
8 kommenssteuer veranlagt. Die Einkommen der Ehepartner
9 werden addiert und anschließend halbiert. Für das halbierte zu
10 versteuernde Einkommen wird die Einkommenssteuer nach
11 dem geltenden Einkommenssteuertarif berechnet. Die so er-
12 rechnete Einkommenssteuer wird dann wieder verdoppelt.
13 Hierdurch wird das Prinzip der Besteuerung nach der Leis-
14 tungsfähigkeit nicht auf den einzelnen Ehegatten, sondern auf
15 die Ehe als Wirtschaftseinheit angewendet.

16
17 Die Splittingwirkung ist umso höher, je größer die Differenz
18 zwischen den Einkommen der Ehegatten ist. Dadurch wird die
19 Erwerbstätigkeit von Frauen negativ beeinträchtigt, da diese
20 durchschnittlich ein geringeres Einkommen, als Männer haben.
21 Das Ehegattensplitting ist daher in seiner gesellschaftlichen
22 Wirkung ungerecht und entspricht nicht der Gender-Mainstre-
23 aming-Gesetzgebung der EU.

24
25
26 *Adressat*
27 SPD-Bundestagsfraktion

U | Umweltpolitik

Antrag Nr. U001
UB Lüneburg

Empfehlung der AK
Annahme

Festhalten am Atomausstieg
– Krümmel muss abgeschaltet bleiben!
– Gorleben kein Endlagerstandort!

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundes-
3 tagsfraktion auf, sich auch zukünftig für den Atomausstieg und
4 insbesondere dafür einzusetzen, dass das Kernkraftwerk
5 Krümmel abgeschaltet bleibt und dass die Erkundung von
6 Gorleben als Endlager für radioaktiven Müll eingestellt wird.

7
8 Das Kernkraftwerk **Krümmel** hat in der Vergangenheit eine
9 Fülle von Pannen erlebt. Trotz mehrfacher Nachbesserungen
10 und monatelangem Stillstand ist es dem Betreiber des Kraft-
11 werkes nicht gelungen, die technischen Probleme zu beheben.
12 Und trotz vielfacher Zusagen wurden Anwohner und Behörden
13 nicht verabredungsgemäß informiert. Der Betreiber hat damit
14 seine Glaubwürdigkeit und seine Zuverlässigkeit verloren. Er
15 darf das Kraftwerk, das direkt an der der Elbe und damit an der
16 Grenze des Bezirks Hannover steht, nicht weiter betreiben.
17 Viele Politiker von CDU und FPD in Schleswig-Holstein, Nieder-
18 sachsen und auch auf Bundesebene haben dies in den Wochen
19 vor der Wahl bestätigt. Jetzt scheint es so, als könnten sich
20 nicht mehr alle daran erinnern. Unsere Forderung ist dagegen
21 klar, wir wollen, dass Krümmel abgeschaltet bleibt.

22
23 Die Erkundung des Salzstockes in **Gorleben** im Landkreis
24 Lüchow-Dannenberg muss eingestellt bleiben. Die Diskussio-
25 nen und die Aufklärungsarbeit der letzten Monate haben
26 deutlich gemacht, dass es große fachliche und massive recht-
27 liche Bedenken gegen ein Endlager an dieser Stelle gibt.

28
29 Eine Auswertung der Kabinettsprotokolle, die seit Ende Sep-
30 tember 2009 möglich ist, hat bestätigt, dass die Auswahl von
31 Gorleben nicht nach fachlichen, sondern nach politischen
32 Kriterien erfolgt ist.

33
34 Noch im August 1976 ging man von drei ganz anderen Stand-
35 orten aus, die zunächst durch umfangreiche Bohrungen erkun-
36 det werden sollten. Eine Arbeitsgruppe, die Mitte August be-
37 schlossen wurde, sollte das Verfahren begleiten. Kurze Zeit
38 später, im Februar 1977, erklärte dann der damalige Minister-
39 präsident Albrecht Gorleben, direkt an der Grenze zur DDR
40 gelegen, sei der richtige Standort. Nach Auffassung der
41 Landesregierung reichten die Unterlagen aus, für die vorläufige
42 Standortauswahl seien keine geologischen Untersuchungen an
43 Ort und Stelle erforderlich.

44
45 Darüber hinaus laufen die für eine weitere Erkundung
46 erforderlichen Verträge mit den Grundeigentümer in ein paar
47 Jahren aus. Man bräuchte diese Verträge aber noch etwa 12 bis
48 15 Jahre, da der Salzstock erst dann vollständig erkundet wäre.

49
50 Und auch fachlich gab es Probleme. Nach den ersten Bohrun-
51 gen stellten die Fachleute 1983 fest, dass ein Einbruch von
52 Wasser in den nächsten Jahrhunderten nicht ausgeschlossen
53 werden könnte. Diesmal schaltete sich das Bundeskanzleramt

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

54 von Helmut Kohl ein und lies das Ergebnis des Gutachtens um-
55 schreiben.

56

57 Wir fordern, eine neue ergebnisoffene Endlagersuche zu star-
58 ten, ausgerichtet an den dafür vorliegenden internationalen
59 Kriterien, so wie es auch viele andere europäische Länder tun.

60

61 Der Standort Gorleben ist fachlich und rechtlich nicht geeignet.
62 Wenn wir nicht jetzt mit einer sorgfältigen Endlagersuche be-
63 ginnen, dann verlieren wir viel Zeit.

64

65 *Adressat*

66 SPD-Landtagsfraktion

67 SPD-Bundestagsfraktion

Antrag Nr. U002
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Annahme

**Lehren aus dem Debakel um Asse II ziehen – Sofortige Aufgabe
des ungeeigneten Endlagerstandortes Gorleben**

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Trotz der ungelösten Endlagerfrage wird weiter Atommüll pro-
3 duziert. Der Salzstock in Gorleben hat Kontakt zum Grundwas-
4 ser und ist damit als Endlager für Atommüll nicht geeignet. Die
5 Verbringung von Atommüll in das Zwischenlager muss been-
6 det werden. Der Standort Gorleben als Atommülllager muss
7 sofort aufgegeben werden. Es muss unverzüglich mit der Suche
8 nach einem geeigneten Endlagerstandort begonnen werden.

9

10 **Wir fordern alle Ebenen der SPD und die entsprechenden Frak-**
11 **tionen auf:**

- 12 • am Atomausstieg festzuhalten. Atomkraft ist kein sicherer
13 Weg der Erzeugung von Energie. Die Risiken an jedem
14 Punkt des Prozesses der Energieproduktion sind für den
15 Menschen hoch, eine CO₂ Reduktion durch Atomkraft ist
16 Illusion. Auch können wir nicht Atomkraftwerke betreiben
17 und nicht wissen, wie man den Abfall entsorgen soll.
- 18 • endlich festzustellen, dass die Endlagerung in Salz mit der
19 Asse gescheitert ist. Die Asse hat als „Versuchslager“ in
20 Salz deutlich gezeigt, dass Endlagerung in diesem Medium
21 nicht funktioniert. Die SPD muss dies anerkennen und
22 weitere Schritte einleiten, die eine offene Endlagersuche
23 zum Ziel haben. Kriterien für eine solche Suche liegen
24 schon seit längerem vor.
- 25 • die Kosten für die Sanierung der Asse nicht der Allgemein-
26 heit aufzubürden. Die Gewinne durch die Atomkraft wer-
27 den von privaten Konzernen gemacht. Diese müssen mehr
28 zur Rechenschaft gezogen werden. Ein denkbarer Weg
29 wäre hier die Kernbrennstoffsteuer.

30

31 Im maroden Salzstock Asse II bei Remlingen zeigt sich heute
32 schon, wie unsicher die Lagerung von Atommüll in Salzstöcken
33 ist. Hier sind etwa 126.000 Fässer mit leicht- und mittelradio-
34 aktivem Atommüll eingelagert worden, ohne dass das Berg-
35 werk eine Genehmigung als Endlager hatte. Heute muss die
36 Asse II wegen unkontrollierten Laugenzuflüssen stabilisiert
37 werden. Was mit dem Atommüll passieren soll, ist nicht ent-
38 schieden. Der in den Salzstock Asse II abgekippte Atommüll
39 gefährdet nun das Grundwasser in der Region.

40 Die Einlagerung von Atommüll in Salz ist im Bergwerk Asse II
41 offensichtlich gescheitert. Das Versuchslager Asse diente als
42 Modellprojekt für das geplante Endlager in Gorleben. Der Asse-
43 Skandal hat bewiesen, dass Salzstöcke für die Lagerung von
44 Atommüll grundsätzlich ungeeignet sind. Das gilt auch für
45 Gorleben. Auch im dortigen Salzstock lauern gefährliche Lau-
46 gennester, die extrem aggressive Lauge enthalten und
47 Atommüll-Behälter zerfressen können.

48

49 Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030
50 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit
51 Jahrzehnten von namhaften Geologen bestritten. Über dem
52 Salzstock fehlt auf über 7,5 Quadratkilometern ein schützen-
53 des Deckgebirge. Es ist löchrig und teilweise gar nicht vorhan-
54 den. Das bedeutet, dass über unterirdische Wasserwege auf
55 Dauer todbringende radioaktive Isotope in die Umwelt gelan-
56 gen werden. Obwohl dies bekannt ist, wird in unverantwortli-
57 cher Weise immer mehr Atommüll nach Gorleben gebracht.

58

59 Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst
60 Albrecht hat 1976 entschieden, dass Gorleben Standort eines
61 „Nuklearen Entsorgungszentrums“ werden soll. Die Festlegung
62 auf Gorleben erfolgte ausschließlich aus politischen Gründen.
63 Zwar wurde die Erkundung des Salzstocks in Gorleben im Jahr
64 2000 im Zuge des Ausstiegskonzepts durch die rot-grüne
65 Bundesregierung gestoppt. Dieses Moratorium ist aber nicht
66 mit planerischen Mängeln und geologischen Befunden be-
67 gründet. So ist zu befürchten, dass Gorleben selbst bei einer
68 weiteren Endlagersuche Favorit bleiben würde.

69

70 Die jetzigen Vorkommnisse um die Asse zeigt genau das, was
71 Gegner von Atomkraft immer gesagt haben. Noch schlimmer
72 ist, dass Mitglieder anderer Parteien zu gleicher Zeit sogar den
73 Weiterbetrieb anderer Atomkraftwerke befürworten oder den
74 Neubau fordern. Die Ursache für Probleme bei der Endlagerung
75 liegt aber immer in der Produktion von atomarem Abfall.

76

77 **Wer also über Atomkraft nachdenkt, muss auch über den Müll**
78 **nachdenken.**

79

80 Bis heute gibt es hierfür keine adäquate Lösung. Deswegen
81 fordern wir als ersten Schritt, dass diese Risikotechnologie
82 endlich stillgelegt wird. Sie macht nicht nur Probleme durch
83 Müll, Probleme ergeben sich hier von der Förderung des Urans
84 über den Betrieb von Kraftwerken bis hin zur so genannten
85 Wiederaufbereitung und Endlagerung. In jedem Bereich gibt es
86 große Risiken nicht nur für die Menschen, die direkt damit
87 arbeiten, sondern auch für die Bevölkerung in der Umgebung
88 und auf der ganzen Welt.

89

90 **Atomkraftwerke darf es nicht mehr geben!**

91 Die Asse, einst als Versuchsstätte für die Erprobung der Endla-
92 gerung gedacht, hat aber auch gezeigt, dass Endlagerung in
93 Salz nicht funktioniert. Früher immer angeführt, um Gorleben
94 mitzubegründen, hört man das Argument heute relativ selten.
95 Warum? Weil Gorleben, neben seinen anderen geologischen
96 Schwächen, eben auch ein Salzstock ist. Das Moratorium für
97 Gorleben war richtig, eine Fortsetzung ist vor diesem Hinter-
98 grund überflüssig. Die Arbeiten in Gorleben können eingestellt
99 werden.

100 **Deshalb fordern wir: Kein Endlager Gorleben!**

101

102 Wir sehen aber die Verantwortung, die wir gegenüber den uns
103 folgenden Generationen haben. Deswegen bekennen wir uns
104 zu einem Prozess, der zum Ziel hat ein sicheres Endlager zu fin-
105 den. Hier darf aber nicht nur auf geologische Faktoren gesetzt
106 werden. Auch die Bevölkerung ist rechtzeitig einzubinden.
107 Kriterien für eine solche Suche hat der AK End bereits entwi-
108 ckelt. Sie müssen nur noch umgesetzt und angewendet wer-
109 den.

110

111 **Also: Ergebnisoffene Endlagersuche jetzt!**

112

113 Auch die Novelle des Atomgesetzes dahin, dass die Kosten für
114 die Sanierung der Asse von der Allgemeinheit getragen werden
115 sollen, können wir nicht nachvollziehen. Hier sind die Unter-
116 nehmen in der Verantwortung, die mit der Atomkraft riesige
117 Gewinne eingefahren haben. Denn: Es wäre wahrscheinlich nie
118 zu den heutigen Problemen mit der Atomkraft gekommen,
119 wenn die Konzerne von Anfang an alles hätten bezahlen müs-
120 sen. Nur Subventionen und Bau von Atomkraftwerken mit
121 Hilfe von Steuermitteln verhelfen Konzernen die auf diese Art
122 der Stromerzeugung setzen zu diesen großen Gewinnen.

123

124 *Adressat*

125 Bundesparteitag

**Antrag Nr. U003
UB Schaumburg**

Empfehlung der AK
Annahme

Festhalten am Atomausstieg

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Im Sinne einer sauberen, sicheren und modernen Energiepolitik
3 fordern wir das Festhalten am Atomausstieg, eine bessere Auf-
4 klärung der Bevölkerung über eine effizientere Energienutzung
5 und den Ausbau erneuerbarer Energien.

6

7 **Begründung**

8 Die rot-grüne Bundesregierung läutete in der letzten
9 Legislaturperiode die Wende in der Energiepolitik ein. In den
10 letzten Monaten häufen sich jedoch immer wieder die Stim-
11 men, die einen Ausstieg aus dem Ausstieg fordern.

12

13 Dabei vergessen die Befürworter der Atomenergie, dass es bis
14 heute keine Endlagerstätte für hochradioaktiven Atommüll
15 gibt. Studien belegen, dass Kinder, die in der Nähe von
16 Atomkraftwerken leben, eher an Krebs erkranken als andere.
17 Schon aus diesem Grund sollte klar sein, dass die Atomkraft
18 nicht die Energiekraft der Zukunft sein kann.

19

20 Auch die immer wieder auftretenden Störungen in Kernkraft-
21 werken, wie z.B. in Krümmel oder Biblis, zeigen, dass die Atom-
22 energie unsicher und gefährlich ist. Sie gehört abgeschaltet.
23 Deshalb sollte am Kurs von rot- grün festgehalten werden.

24

25 Die regenerativen Energien stellen dagegen eine saubere und
26 sichere Alternative zur Atomenergie dar. Uns ist aber auch klar,
27 dass erneuerbare Energien nicht von heute auf morgen die

28 Atomkraftwerke ersetzen können, jedoch sollte sukzessive der
29 Anteil der erneubaren Energien erhöht werden.

30

31 Ein riesiges Potenzial liegt jedoch auch in einer effizienteren
32 Stromnutzung der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sollte die
33 Bevölkerung über Möglichkeiten einer effizienteren Energie-
34 nutzung aufgeklärt werden. Hierzu könnte ein „Umwelt-
35 ratgeber“, der über Möglichkeiten einer effizienteren Energie-
36 nutzung im Alltag und im privaten Umfeld aufklärt sinnvoll
37 sein. Der „Umweltratgeber“ könnte bei den Kommunen vor Ort
38 erhältlich sein, sodass die Bürger einen einfachen Zugang zu
39 dem Ratgeber bekommen und die Kommunen sich so bei der
40 Bekämpfung des Klimawandels engagieren könnten.

41

42

43 *Adressat*

44 kein Adressat

Antrag Nr. U004 UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Stoppt Gentechnik jetzt!

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Die in den letzten Jahren immer populärer werdende „Grüne
3 Gentechnik“ lehnen wir ab.

4

5 Wir fordern ein Anbauverbot von gentechnisch veränderten
6 Organismen (GVO) auf Freilandflächen. Zum Zwecke der For-
7 schung ist sicherzustellen, dass keine Verbreitung oder Aus-
8 kreuzung in andere Pflanzen möglich ist.

9

10 Des Weiteren fordern wir ein Verbot der Fütterung von Tieren
11 mit Futtermittel, dass GVO enthält. Produkte, die auf den
12 deutschen Markt kommen und GVO enthalten, müssen
13 gekennzeichnet werden. Um dem Verbraucher die
14 Wahlfreiheit zu ermöglichen ist dies ab einem Gehalt von null
15 Prozent erforderlich.

16

17 Auf europäischer und internationaler Ebene ist darauf
18 hinzuwirken, dass GVO nicht angebaut werden.

19

20 Begründung

21 Die so genannte „Grüne Gentechnik“ hat viele Nachteile. Diese
22 Nachteile sind alle auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt.
23 So gibt es sowohl bei Anbau, als auch bei Fütterung und Essen
24 Probleme. Es gibt aber auch Probleme, die sich aus der Natur
25 der GVO ergeben. GVO sind nicht mehr normales, konven-
26 tionelles Saatgut, das auch so gehandhabt wird. Die jeweilige
27 Firma, die die jeweilige Pflanze verändert hat, lässt sich diese
28 Veränderung auch patentieren und verbietet den Bauern in der
29 Regel die eigene Nachzucht. Dies führt dazu, dass Bauern ver-
30 pflichtet werden nicht nur Saatgut zu kaufen, sondern auch
31 Lizenzgebühren dafür zu erbringen.

32

33 Diese Lizenzierung von Pflanzen hat aber noch eine andere
34 Seite. Gentechnisch veränderter Mais verbreitet sich beispiele-
35 wise genauso, wie normaler Mais. Er tut dies über die Luft und
36 mit dem Wind. Hierbei besteht das Problem, dass sich die ver-
37 änderten und patentierten Gene in konventionelle Pflanzen

Empfehlung der AK

Material für SPD-Landtagsfraktion und SPD-Bundes-
tagsfraktion

38 auskreuzen können. Dies führt zu zwei Problemen: Erstens ist
39 ein Nebeneinander von GVO-Anbau und konventionellem
40 Anbau unter diesem Aspekt nicht möglich und zweitens ist es
41 sogar vorgekommen, dass in Kanada die Patentinhaber Leute
42 verklagt haben, die keine GVO angebaut aber sie dennoch auf
43 ihrem Feld hatten. - Das prominenteste Beispiel ist hier wohl
44 Percy Schmeiser.

45
46 Die zweite Problematik zeigt sich, wenn man sich den Anbau
47 selbst in anderen Ländern, die GVO eingeführt haben, an-
48 schaut. Den Bauern wird ein Produkt versprochen, das vom Er-
49 trag her besser ist und bei dem während des Wachstums we-
50 nig bis keine Schädlingsbekämpfungsmittel nötig sind. In der
51 Realität sieht dies aber anders aus. Durch die GVO und Aus-
52 kreuzungen entstehen neue Super-Unkräuter, auch Krankhei-
53 ten die vorher gänzlich unbekannt waren, tauchen plötzlich
54 auf. All dies lässt die Herbizid und Pestizid-Problematik mit
55 GVO nicht verschwinden.

56
57 Aber auch GVO selbst sind auf Herbizide oder Pestizide
58 angewiesen. So besteht die genetische Veränderung meist da-
59 rin eine Immunität gegenüber bestimmten Mitteln herzustellen.
60

61
62 Wer also GVO anbaut, kann also ein Mittel spritzen, dass nur
63 die entsprechende Pflanze übrig lässt. Wer also GVO anbaut
64 zahlt zu den Lizenzgebühren noch die Kosten für die
65 Schädlingsbekämpfungsmittel und kann nicht mal genau sa-
66 gen, ob diese im nächsten Jahr noch ausreichen, da ständig
67 neue Schädlinge entstehen können. Die Realität bestätigt die-
68 ses pessimistische Bild. Das wohl bekannteste Beispiel ist die in
69 den Nachrichten immer wieder auftauchende hohe
70 Selbstmordrate unter Farmern in Indien. Diese ist auf den Ein-
71 satz gentechnisch veränderter Baumwolle zurückzuführen.
72 Versprochen worden ist höherer Ertrag mit weniger Problemen
73 durch Schädlinge. Die Realität zeigt das genaue Gegenteil. Die
74 Schädlinge, die diese Pflanzen eigentlich nicht befallen sollten,
75 werden gegen das Gift, dass diese Pflanze produziert immer
76 resistenter. In den USA kommt es durch den großflächigen
77 Anbau von gentechnisch verändertem und damit gegen Gly-
78 phosat (ein Unkrautvernichtungsmittel) resistent gemachtem
79 Soja dazu, dass viele Pflanzen resistent gegen dieses Mittel
80 werden. Die eigentliche Intention von geringerem Bedarf an
81 Herbiziden ist nur eine Illusion.

82
83 Die dritte Frage über GVO, die hier behandelt werden muss, ist,
84 wie sie auf ihre Umwelt wirken. Wie werden GVO im Körper
85 behandelt? Ist es wie normale Nahrung? Hat der Anbau von
86 GVO vielleicht auf andere Pflanzen oder Lebewesen Einfluss?
87 Bezüglich der Ernährung mit GVO gibt es nur wenige gesi-
88 cherte Erkenntnisse. Es gibt einige Studien, die bei Ratten Ver-
89 änderungen im Immunsystem und ähnliches nachweisen.
90 Grundsätzlich werden GVO das vermehrte Auftreten von All-
91 ergien zugeschrieben. Aber im Allgemeinen scheint dies noch
92 ein ziemlich unerforschter Bereich zu sein. Einzige Erkenntnis,
93 die sich hier offen zeigt ist, dass man nicht genau weiß, was
94 passiert. Hier drängt sich allerdings folgende Frage auf: Sollte
95 man nicht, bevor man ein Produkt auf den Markt bringt, über-
96 prüfen, welche Folgen das für Mensch und Umwelt hat? Bei
97 den Auswirkungen der GVO auf die Umwelt ist es ähnlich.
98 Auch hier ist nur wenig darüber bekannt, wie beispielsweise

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

99 das Gift, das die oben genannte Baumwolle produziert, auf
100 Kleinlebewesen um das Feld herum und generell das ganze
101 Ökosystem wirkt.

102

103 Abschließend bleibt festzustellen:

- 104 • Die Gentechnik ist eine Hoch-Risikotechnologie. Wenn wir
105 jetzt damit anfangen sie auf unsere Felder zu bringen,
106 können wir uns nie sicher sein sie wieder loswerden zu
107 können.
- 108 • Die Nachteile der bisherigen Ausbringungen von GVO zei-
109 gen deutlich, dass dies der falsche Weg ist.
- 110 • Das postulierte Nebeneinander von Landwirtschaft mit
111 und Landwirtschaft ohne GVO ist nicht möglich.

112

113 *Adressat*

114 Bundesparteitag

Antrag Nr. Uo05
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Erledigt durch aktuelle Politik

Alte Autos abwracken? – Ja, aber bitte ökologisch!

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Bei der „Umweltprämie“ der deutschen Bundesregierung
3 wurde leider der Schwerpunkt auf „Prämie“ gelegt. Wir fordern
4 daher für etwaige Verlängerung oder Wiederholungen solcher
5 Modelle:

6

7 Wer die Konjunktur fördern will, der muss auch den ökologi-
8 schen Umbau der deutschen Gesellschaft vorantreiben. Für uns
9 ist ein Bonus-System der deutschen Ausgestaltung vorzuzie-
10 hen.

11

12 Wir wollen, dass Käufer von Autos, die wenig verbrauchen und
13 damit auch wenig CO2 emittieren einen Zuschuss vom Staat
14 erhalten. Der Kauf von Autos, die viel CO2 emittieren muss
15 dementsprechend teurer werden.

16

17 **Begründung**

18 Die so genannte Umweltprämie hat keinen ökologischen Cha-
19 rakter. Die einzige Voraussetzung ist, dass die Euro 4
20 Abgasnorm erfüllt ist. Diese wird aber beispielsweise auch vom
21 VW Touareg V10 erfüllt. Der Verbrauch liegt hier bei im Schnitt
22 bei 12,4 Litern. Die „Abwrackprämie“ ist also keinesfalls eine
23 Umweltprämie. Deswegen müssen in Zukunft Prämien solcher
24 Art mehr am Verbrauch und dem Ausstoß von CO2 orientiert
25 werden. Denn CO2 ist das, was in Zukunft eingespart werden
26 muss.

27

28 *Adressat*

29 kein Adressat

W | Wirtschaftspolitik

Antrag Nr. Woo1
UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der AK
Annahme

Einführung der Börsenumsatzsteuer

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Wir fordern die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in Höhe
3 von 0,5 Prozent nach britischem Vorbild. Besteuert wird der
4 Umsatz der von Inländern gehandelten Wertpapiere. Dies um-
5 fasst sämtliche als Options- oder Festgeschäft ausgestalteten
6 Finanzinstrumente, sowie Kombinationen zwischen Options-,
7 Variablen- und Festgeschäften, deren Preis unmittelbar oder
8 mittelbar abhängt von

9

- 10 • dem Börsen- oder Marktpreis von Wertpapieren
- 11 • dem Börsen- oder Marktpreis von Geldmarktinstrumenten
- 12 • dem Kurs von Devisen oder Rechnungseinheiten
- 13 • Zinssätzen oder anderen Erträgen oder
- 14 • dem Börsen- oder Marktpreis von Waren oder Edelmetal-
15 len

16

17 Dabei ist es ohne Bedeutung, ob das Termingeschäft in einem
18 Wertpapier verbrieft ist und ob es an einer amtlichen Börse
19 oder außerbörslich abgeschlossen wird. Zu den Terminge-
20 schäften gehören insbesondere Optionsgeschäfte, Swaps,
21 Devisentermingeschäfte, Forwards oder Futures. Außerdem
22 sollen institutionelle Großanleger, wie z. B. Investmentfonds,
23 zur Offenlegung ihrer Börsentransaktionen verpflichtet wer-
24 den.

25

26

27 *Adressat*

28 Bundesparteitag

Antrag Nr. Woo2
UB Göttingen

Empfehlung der AK
Annahme

Gegebene Versprechen erfüllen: Entwicklungshilfe endlich erhöhen!

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Wir fordern die Vertreter/innen der SPD-Bundestagsfraktion
3 auf politisch durchzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutsch-
4 land den Etat für Entwicklungshilfe auf 0,56 Prozent gemessen
5 am Brutto-Inlands-Produkt sofort erhöht und damit ihrer
6 Selbstverpflichtung im Rahmen der UN-Millennium-Goals
7 sowie des G8-Gipfels 2005 gerecht wird. Darüber hinaus
8 fordern wir die Bundesregierung auf, die Europäischen Mit-
9 gliedsstaaten ebenfalls an deren Selbstverpflichtung zu erin-
10 nern und für die Erfüllung auf europäischer Ebene zu sorgen.

11

Begründung

13 Der Anteil der deutschen Entwicklungshilfe am Brutto-Inlands-
14 Produkt (BIP) ist von 1982 (0,47 Prozent) bis 1998 (0,27 Pro-
15 zent) stetig gesunken (1). Erst die Selbstverpflichtung im Rah-
16 men der Millennium Development Goals der Vereinten Natio-
17 nen hat dazu geführt, dass Deutschland seinen Anteil gemes-
18 sen am BIP jährlich in kleinen Schritten erhöht hat. In einer er-
19 neuen Verpflichtung im Rahmen des G8-Gipfels 2005 haben
20 sich die EU-Staaten verpflichtet, bis zum Jahr 2010 den Anteil

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 31. Oktober 2009

21 der Entwicklungshilfe gemessen am BIP auf 0,56% zu erhöhen
22 (2). Im Jahr 2007 lag dieser Wert in Deutschland bei 0,37 Pro-
23 zent (3). Mit diesen zögerlichen Schritten ist abzusehen, dass
24 das Ziel nicht erfüllt wird. Von den wirtschaftsstärksten Natio-
25 nen, den G8, erfüllt keine auch nur annähernd diese Selbstver-
26 pflichtung, Frankreich steht als einziges dieser Gruppe mit 0,38
27 Prozent nicht viel besser da. Alle anderen G8-Staaten sind weit
28 abgehängt.

29

30 Gerade in Zeiten der Finanzkrise bzw. Weltwirtschaftskrise, die
31 die so genannte Nehmer-Länder der Entwicklungshilfe gen-
32 auso trifft wie die wohlhabenderen Geber-Länder ist es eine
33 ökologische und entwicklungspolitische Notwendigkeit aber
34 vor allem eine humanitäre Pflicht, dass Deutschland, die üb-
35 rigen EU-Staaten und auch die USA endlich ihren Versprechun-
36 gen nachkommen. Der Egoismus der Geber-Länder in wirt-
37 schaftlich schwierigen Zeiten, der dazu führt dass die Entwick-
38 lungshilfe stagniert oder sogar zurückgeht, muss ein Ende ha-
39 ben. Deutschland muss hier als gutes Beispiel in Europa vor-
40 angehen.

41

42 (1) <http://www.tagesschau.de/inland/entwicklung2.html>

43 (2) [http://www.bundestag.de/dasparlament/2008/16/euro-
44 pawelt/20143714.html](http://www.bundestag.de/dasparlament/2008/16/europawelt/20143714.html)

45 (3) [http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/Geber_im_Ver-
46 gleich-Veränderung_gegenueber_2006.pdf](http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/Geber_im_Vergleich-Veränderung_gegenueber_2006.pdf)

47

48 *Adressat*

49 Landesparteitag

50 SPD-Bundestagsfraktion

**Antrag Nr. W003
OV Nordstemmen**

**Empfehlung der AK
Annahme**

Mastställe zur Massentierhaltung

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Mastställe zur Massentierhaltung sollen ausdrücklich aus dem
3 § 35 Bundesbaugesetz (privilegiertes Bauen) ausgeschlossen
4 werden.

5

6 Begründung

7 Es kann und darf nicht sein, dass per Bauantrag bei einer
8 Kreisverwaltung derartige Vorhaben an der betroffenen Bevöl-
9 kerung und dem Gemeinderat vorbei realisiert werden können.
10 Und auch eine Kreisverwaltung kann ja die Zustimmung nicht
11 verweigern, wenn alle rechtlich vorgegebenen Schritte und
12 Gutachten etc. beigebracht worden sind.

13

14 Mastställe zur Massentierhaltung werden verstärkt gebaut
15 und durch die derzeitige Praxis des privilegierten Bauens wird
16 die kommunale Selbstverwaltung unterlaufen, eine verfehlete
17 Landwirtschaftspolitik unterstützt und die Flächenversiege-
18 lung gesteigert.

19

20 *Adressat*

21 Bundesparteitag